

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführer: Walter Harenberg
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08, außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)

Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

GRENZFRIEDENSHEFTE **4** 1989

WAS DIESES HEFT BRINGT Seite

Uwe Steen

Friedrich Brandt und die Anfänge der Fotografie
in Schleswig-Holstein.....103

Perke Heidt

»Die politische Macht liegt in unserer Hand«
Paul Dölz und die USPD in Tönning 1918-1922.....109

Umschau ab Seite 154

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:
Dr. Jörn-Peter Leppien, Am Burgfried 10, 2390 Flensburg Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 2390 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Druck: Schleswiger Druck- und Verlagshaus GmbH

Friedrich Brandt und die Anfänge der Fotografie in Schleswig-Holstein

Aus Anlaß des 150. Jahrestages der Erfindung der Fotografie haben sich drei Kulturinstitute des Landes zusammengeschlossen, um mit einer Wanderausstellung an einen Fotopionier in Schleswig-Holstein zu erinnern. Der Flensburger Hof-fotograf Friedrich Brandt ist als Bildberichterstatter des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864 in die Geschichte der deutschen Fotografie eingegangen, er ist zugleich der erste Fotograf, dem wir im größeren Umfang Architekturaufnahmen und Ansichten schleswig-holsteinischer Städte verdanken. Außerdem ist Brandt ein Pionier auf dem Gebiet der fotografischen Reproduktion von Kunstwerken.

Die Ausstellung, die etwa 200 Aufnahmen umfaßt, wurde am 5. November im Städt. Museum Flensburg eröffnet. Weitere Stationen werden vom 12. Januar bis zum 18. März 1990 das Städt. Museum Schleswig und vom 1. April bis 6. Mai 1990 die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek in Kiel sein. Zur Ausstellung ist in der »Schriftenreihe der schleswig-holsteinischen Landesbibliothek« ein von Uwe Steen bearbeiteter, reich illustrierter Katalog erschienen, der als Paperback in den Ausstellungshäusern 36,- DM kostet und im Buchhandel nur in einer fest gebundenen Ausgabe zum Preis von 54,- DM erhältlich ist.

Uwe Steen, ein gründlicher Kenner der Geschichte der Fotografie in Schleswig-Holstein, hielt am 5. November im Städt. Museum Flensburg die Einführungsrede, die hier im Wortlaut wiedergegeben ist.

Die Redaktion

1. Die Anfänge der Fotografie

1989 wird das Jubiläum »150 Jahre Fotografie« gefeiert. Genaugenommen stimmt das Datum nicht. Man gedenkt nur der Tatsache, daß der französische Staat dem Dekorationsmaler Daguerre sein Verfahren abkaufte, in einer Lochkamera erzeugte Bilder festzuhalten, und die Erfindung dann im August 1839 der Weltöffentlichkeit zum Geschenk machte. Die Technik, Lichtbilder zu fixieren, ist mindestens 12 Jahre älter. Ich möchte die Zeit nun noch um einige weitere Jahre zurückdrehen. Hätte man um 1800 herum einem aufgeklärten Menschen erzählt, daß es möglich wäre, einen Spiegel so einzurichten, daß das Bild des Hineinblickenden dauernd festgehalten würde, so hätte er nur lauthals gelacht und den Erzähler reif fürs Irrenhaus erklärt. Hätte man sich noch einige Jahrhunderte früher darüber unterhalten, so hätte der Angesprochene abwehrend ein Kreuz

geschlagen, aber immerhin zugegeben, daß so etwas nur mit Hilfe des Teufels möglich sein könnte. Tatsächlich erzählt eine alte Sage von einem Schwarzkünstler, der es verstanden haben soll, ein Gefäß mit Wasser blitzschnell zum Gefrieren zu bringen, so daß das Bild desjenigen, der sich gerade darin spiegelte, im Eise festgehalten wurde.

Heute wächst der deutsche Bilderberg alljährlich immens, und es besteht die Gefahr, daß die darin enthaltenen wenigen Goldadern nicht entdeckt oder mit dem Schutt abgetragen würden. Mit den Fotografien Friedrich Brandts ist man auf so eine Goldader gestoßen. Um das zu erläutern, möchte ich Ihnen einiges über die Anfänge der Fotografie in Schleswig-Holstein mitteilen und dann näher auf Friedrich Brandt eingehen.

Schleswig-Holstein gehörte 1839, als der Franzose Daguerre sein fotografisches Verfahren veröffentlichte, nicht zu den vielbesuchten Traumländern Europas. Im Gegenteil, die Herzogtümer wurden damals von weniger Reisenden besucht als jedes andere vergleichbare Gebiet Europas. Um so erstaunlicher war, daß die Schleswig-Holsteiner schon vor der Bekanntgabe des daguerreschen Verfahrens detailliert darüber informiert waren, was in Europas Lichtbildnerszene vor sich ging. Zum ersten Mal konnten sie darüber etwas im Januar 1839 im »Altonaer Mercur« lesen, daß es nämlich Daguerre gelungen war, Bilder der camera obscura festzuhalten. Das Verfahren sah so aus, daß man eine versilberte Kupferplatte in Joddämpfen lichtempfindlich machte, sie nach dem Belichten in Quecksilberdämpfen entwickelte und mit Natriumthiosulfat fixierte. Von einem solchen Lichtbild konnte man keine Abzüge herstellen, es war ein Unikat, und man bezeichnete es, um seinen Erfinder zu ehren, als Daguerreotypie. Hervorragende Daguerreotypien gelten auch heute noch als das Kultivierteste, was die Lichtbildnerie hervorgebracht hat. - Schon knapp einen Monat später, im Februar 1839, erfuhren die Leute dann, daß der Engländer Fox Talbot in London ein anderes fotografisches Verfahren vorgestellt hatte, Bilder nach der Natur aufzunehmen. Er nannte sie anfangs »photogenische Zeichnungen«. Als es Talbot dann 1841 gelang, seine Methode zu verbessern, bezeichnete er die Aufnahmen als Kalotypien. Später nannte man sie, auch um ihn zu ehren, Talbotypien. Sie waren die Vorläufer des heute noch gebräuchlichen Negativ-Positiv-Verfahrens. Talbotypien hatten den Nachteil, die Motive ein wenig verschwommen abzubilden, aber den großen Vorteil, beliebig oft vervielfältigt werden zu können. -

Bis September 1839 konnten sich die Schleswig-Holsteiner nur theoretisch mit der Lichtbildnerie auseinandersetzen. Ab Oktober wurde es dann schon ein wenig konkreter. So bot die Universitätsbuchhandlung in Kiel erste einschlägige Broschüren an. Der Lübecker Optikus Christeinicke wartete Ende November mit Daguerreotypien Pariser Provenienz auf, verschwieg aber noch schamhaft deren

Preis. Wenige Tage später folgte ihm der Kieler Kunsthändler Cetti- Rompano mit einer Aufnahme, die den Louvre und die Pariser Bäder darstellte. Im Januar 1840 kam dann die Stettenheim'sche Kunsthandlung aus Hamburg während des Kieler Umschlags mit einer Daguerreotypie zum immensen Preis von 30 Mk. C. groß heraus. Die geforderte Summe entsprach ca. 2 Monatsgehältern eines Dienstmädchens, oder man hätte sich dafür 10 Paar Schuhe oder 4 Paar Stiefel oder ein 100 kg schweres Schwein kaufen können. Für normal Sterbliche damaliger Zeit also kein Pappenstiel. Stettenheim besuchte nun weitere Jahrmärkte des Landes, und ihm gebührt die Ehre, als erster die Bewohner Eckernfördes, Schleswigs, Flensburgs und Rendsburgs mit dem neuen Medium vertraut gemacht zu haben. Sonst tat sich in Sachen Lichtbildnerie 1840 und 1841 nur wenig im Lande. Erst als kürzere Belichtungszeiten es ermöglichten zu portraituren, belebte sich die Szene wieder. Der erste Lichtbildner in Schleswig-Holstein war wohl der Hamburger Maler Herrmann Biow. Er eröffnete ein Atelier im August 1841 in Altona, möglicherweise das erste in Deutschland überhaupt.

Etwas später, Ende 1841, meldete sich bei der Hamburger Fremdenpolizei der österreichische Portraitmaler und Daguerreotypist Joseph Weninger, tat sich mit dem Wiener Miniaturmaler Reichenbach zusammen, und gemeinsam reisten sie im Mai 1842 nach Kopenhagen, wo sie als erste die Metallbilder anboten. Wohl veranlaßt durch den guten Geschäftsverlauf, folgte ihnen im

August Joseph Weningers Bruder Heinrich. Nach Aufenthalten in einigen skandinavischen Städten tauchte nun dieser Heinrich Weninger im November 1842 in Flensburg auf, machte dort mit seiner Schnellportraituren-Manier Furore und war sich des ungeteilten Interesses der besseren Gesellschaft sicher, als es ihm gelang, eine Person hoch zu Roß abzulichten. Er verkaufte in der Fördestadt weitere 50 Aufnahmen zu 12 Mk. C. das Stück, von denen leider keine einzige erhalten geblieben ist. Möglicherweise hatte Weninger bereits einen einheimischen Konkurrenten, nämlich den Zahnarzt Besser, der die Bewohner Flensburgs bis 1864 nebenberuflich mit Fotografien versorgte. Von ihm sind zur Zeit erstaunlicherweise ebenfalls keine Fotografien bekannt. Mit guten Einnahmen fuhr Weninger Anfang 1843 über Schleswig nach Kiel. So erschloß ein Wiener Wanderdaguerreotypist 1842/43 teilweise die Ostküste Schleswig- Holsteins für das neue Medium und riß gleichzeitig einheimische Lichtbildner etwas unsanft aus ihrer daguerreotypistischen Experimentierphase. Sie stellten nämlich bald fest, daß ihre Bilder besser als die des Wieners waren, der daraufhin schnellstens Reißaus in Richtung St. Petersburg nahm. 1843 gelang der Daguerreotypie der Durchbruch in Schleswig-Holstein. Immerhin lassen sich in diesem Jahr 15 Metallographen nachweisen.

Von über 400 Lichtbildnern ist bekannt, daß sie von 1840 bis 1864 ihren Beruf im

Lande ausübten. Der ersten Generation, dazu zählen die Daguerreotypisten der 1840er Jahre, gehören mindestens 75 an. 13 von ihnen waren auch in Flensburg tätig. Bis 1857 bevorzugte man die Daguerreotypie. Danach setzte sich das Naßkollodiumverfahren des Engländers Scott-Archer durch. In Schleswig-Holstein war also aus fotografischer Sicht schon recht früh erstaunlich viel los.

2. *Der Lichtbildner Friedrich Brandt*

Zu den bedeutendsten frühen Lichtbildnern gehört Friedrich Brandt. Er wurde 1823 in Schleswig geboren, wuchs unter schwierigen finanziellen Familienverhältnissen auf und erlernte bei seinem Vater das Buchbinderhandwerk. 1844 ging er auf die obligatorische Wanderschaft durch Deutschland, wo er in Hamburg wahrscheinlich mit der Daguerreotypie in Berührung kam. Als der Vater 1848 starb, übernahm Friedrich Brandt kommissarisch die Buchbinderei. Nach den Zunftregeln mußte er nun innerhalb eines Jahres seine Meisterprüfung machen, wenn er das Geschäft offiziell übernehmen wollte. Buchbindermeister wurde er im April 1849. Nun überschlugen sich die Ereignisse. Brandt wurde Schleswiger Bürger, eröffnete offiziell die Buchbinderei, heiratete und zog innerhalb Schleswigs um. Und das alles im Juni 1849.

Ein Daguerreotyp-Atelier in der Schleistadt zu eröffnen, daran hatte er wahrscheinlich noch nicht gedacht, denn er ließ für vier Jahre einen Buchbinderlehrling einschreiben. Schnell stellte sich aber während der wirtschaftlich schwierigen und auch kunstfeindlichen Erhebungsjahre heraus, daß Brandt von dem, was er als Handwerker einnahm, seine Familie nicht ernähren konnte. So versuchte er erst einmal, mit Nebenarbeiten sein Budget aufzubessern.

Ob ihm das aber mit dem Verkauf von Gesangbüchern und Losen der großen hessischen Staatsanleihe gelang, sei dahingestellt. Wenigstens hängte er die Buchbinderei schon bald an den Nagel und wurde im Februar 1851 Daguerreotypist. Es ist aber davon auszugehen, daß er bereits davor fotografiert hat. Ein fahr schlug er sich erst einmal lichtbildnernd in Schleswigs Umgebung durch und wagte dann 1852 den Sprung nach Flensburg. Er hatte Glück, denn der Lokalredakteur der »Flensburger Zeitung« bescheinigte ihm, noch nie so gute Aufnahmen gesehen zu haben. Das hieß schon etwas, zumal Flensburg zu der Zeit recht häufig von Daguerreotypisten aufgesucht wurde.

Brandt ging mit dem Berufs- und Wohnortwechsel ein großes Risiko ein. Die Fotografie war Anfang der 1850er Jahre noch ein Wagnis. Die Daguerreotypisten hatten sich mit beruflichen Schwierigkeiten und denen eines unerforschten Marktes herumzuschlagen. Ihr Aufgabengebiet, die Arbeitsverfahren und das Berufsbild lagen noch nicht fest. Außerdem mußten sie sich mit den traditionellen

grafischen Techniken auseinandersetzen. Typisch war noch der Wanderdaguerreotypist, der ansässige Fotograf eher eine Ausnahme. Erschwerend wirkte sich dazu aus, daß eine Fotografie für das Publikum die Autorität und den repräsentativen Charakter eines gemalten Portraits erst noch gewinnen mußte. Brandt hatte Erfolg, und seine Geschäfte entwickelten sich gut. Er eröffnete Ende 1852 einen der ersten Läden für Fotoartikel und -Chemikalien überhaupt in Schleswig-Holstein und bildete u. a. Landhandwerker zu neben-beruflichen Daguerreotypisten aus. Einige Jahre später, 1857, stieg er dann ins fotografische Massengeschäft ein, indem er Flensburg-Ansichten über Kunsthandlungen vertreiben ließ. 1860 las Brandt einen enthusiastischen Artikel über den Brüggemann-Altar im Schleswiger Dom und entschloß sich, den Schrein aufzunehmen und die Fotografien zu vermarkten. Das schaffte er, wenn auch erst 1865. Um 1862 herum begann sich die Auseinandersetzung zwischen den dänisch und schleswig-holsteinisch gesinnten Bevölkerungsteilen zuzuspitzen. Brandt griff indirekt ein, indem er Visitenkartenportraits mit Persönlichkeiten beider Parteien über den Buchhandel vertreiben ließ. Erstaunlich ist, daß beide Lager für ihr politisches Propagandamaterial denselben Fotografen wählten. Das spricht einmal für Brandts Können und die noch (!) politisch neutrale Haltung eines Geschäftsmannes. Beide Serien waren ein weiterer Schritt des Lichtbildners in Richtung Massengeschäft. Als dann 1864 der Krieg Preußens mit Dänemark begann, war Brandt auch dabei. Seine Aufnahmen von den erstürmten Düppeler Schanzen wurden ihm von den siegreichen Soldaten förmlich aus den Händen gerissen und durch die Heimkehrer in vielen Teilen Europas bekannt. Pech für Brandt war nur, daß sich 1865/66 die Auseinandersetzungen zwischen Österreich und Preußen abzeichnen begannen und das Interesse des Publikums für die Bilder des Deutsch-Dänischen Krieges nachließ. Die Einnahmeverluste konnte er aber noch leicht ausgleichen. Erst einmal wurde er mehrfach ausgezeichnet. Außerdem gründete er einen Verlag und ließ seine Fotografien, besonders topografische Aufnahmen mit Schleswig-Holstein-Motiven, über eine Berliner Handlung in ganz Deutschland verkaufen, Brandts Brüggemann-Altar-Serie schlug dazu wie eine Bombe bei den etablierten Kunsthistorikern ein. Sie wurde 80 Jahre lang angeboten, wohl einmalig für eine Altarbilderserie.

Infolge guter Kritiken dieser Fotografien konnte Brandt weitere Aufträge buchen. 1867 erschien von ihm Prof. Thaulows Sammlung schleswig-holsteinischer Holzschnitzwerke. Die erste Fotoserie dieser Art in Europa. Ein Jahr später wurde er nach Kalkar und Xanten am Niederrhein berufen, um die dortigen Kirchenschätze abzulichten, was ihm auch großartig gelang.

Brandts berufliche Erfolgskurve war von 1851-1863 ständig angestiegen, hatte ihren Höhepunkt während der folgenden 5 Jahre und fiel dann bis 1884 steil ab.

Daß es nach 1868 um ihn stiller wurde, hatte verschiedene Gründe. Die Zeit der Originalfotografien war vorbei, und der leistungsfähigere und billigere Lichtdruck begann sich immer mehr durchzusetzen. Anscheinend hatte Brandt das neue Reproduktionsmedium unterschätzt und war auf einem gefüllten Lager teurer Aufnahmen sitzengeblieben.

Während der 1880er Jahre gab er sein Geschäft in andere Hände und starb 1891 vergessen in einem Flensburger Armenstift.

Brandt war der erste Kriegsfotograf Schleswig-Holsteins und Deutschlands. Mit seinen Bildreportagen vom 1864er Krieg machte er die Herzogtümer in vielen Teilen Europas bekannt. Kein anderer Lichtbildner Schleswig-Holsteins hinterließ so *früh* und in solchem Umfang topografische Ansichten wie er.

Außerdem war er einer der ersten im Lande, die Industrieanlagen aufnahmen. Auch war er der erste in Schleswig-Holstein, evtl. sogar in Europa, der einen Altar detailliert fotografierte und damit ein heimisches Kunstwerk in Deutschland und Teilen Europas bekannt machte. Insgesamt stellen seine Fotografien wichtige historische Bilddokumente des Landes dar. Friedrich Brandt ist einer der bedeutendsten frühen Lichtbildner Schleswig-Holsteins und der bedeutendste der 1860er Jahre.

»Die politische Macht hegt in unserer Hand«

Paul Dölz und die USPD in Tönning 1918-1922

In verschiedenen Städten und Gemeinden Nordfrieslands - nicht nur in Tönning - hat es im ausgehenden 19. und zu Beginn dieses Jahrhunderts eine recht aktive Arbeiterbewegung gegeben. Obwohl in den staatlichen Archiven, Zeitungsarchiven, bei Parteien und Gewerkschaften eine ganze Reihe von Dokumenten und Materialien vorliegen, ist dieser Teil unserer Geschichte bisher vernachlässigt worden. Mit dem vorliegenden Aufsatz soll ein kleiner zeitlicher Abschnitt von vier Jahren nachgezeichnet werden. Dabei ist neben den Quellen zur Entwicklung der USPD und der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte das Protokollbuch des Tönninger Gewerkschaftskartells (1920-23) von besonderer Bedeutung gewesen, um die Nöte und Probleme im Alltag der Arbeiter und kleinen Leute nachvollziehen zu können.

Die kleine Stadt Tönning an der Eider hat eine recht wechselvolle Geschichte nachzuweisen. Im vorigen Jahrhundert bringt die Kontinentalsperre mit der Elbblockade eine wirtschaftliche Blütezeit, denn alle nach der Elbe bestimmten Schiffe müssen in Tönning einlaufen, löschen und neue Ladung verfrachten. Der Handel floriert, die Bevölkerung wächst auf beinahe 6000 Einwohner an. Zimmer, Häuser und Packräume werden zur Mangelware und können nur noch für hohe Summen angemietet werden.) Doch 1813 wird die Blockade aufgehoben und Tönning Wohlstand wieder zunichte gemacht. Für eine zeitweise Besserung der Lebensverhältnisse sorgt die Fettviehausfuhr nach England. Große Bereiche der Marsch werden dafür von der Pflug- in die Weidewirtschaft umgewandelt, um den Handel auszubauen, aber 1889 verhängen die Engländer ein Einfuhrverbot, so daß Tönning wirtschaftlicher Aufschwung wieder ins Stocken gerät. 1895 wird dann nahezu der gesamte Schiffsverkehr der Eider vom Kaiser-Wilhelm-Kanal (heute Nord-Ostsee-Kanal) aufgenommen und Tönning damit seiner wichtigsten Lebensader beraubt.

Ein Lichtblick in der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt sich, als William Schömer und Wilhelm Jensen 1889 die Entscheidung treffen, am Eiderufer eine Helling zu bauen und selbst eiserne Schiffe herzustellen. Mit der Produktion kleiner Maschinen in der Fischerstraße hat es 20 Jahre zuvor begonnen. Näh- und Häckselmaschinen, Pumpen und Schrotmühlen werden in der Eisengießerei und Maschinenfabrik hergestellt, bis man expandieren will und sich auf die Reparatur und den Bau von Eisenschiffen verlegt. In Fachkreisen finden diese Schiffe Anerkennung und an Aufträgen mangelt es nicht. Bald kommt eine Kesselschmiede dazu,

und von 40 Arbeitern im Jahr 1893 wächst deren Zahl auf 1200 im Jahr 1905 an.²⁾

1. *Die Anfänge der Arbeiterbewegung bis zum 1. Weltkrieg*

Wo es eine funktionierende Werft und Arbeit gibt, da ziehen auch die Arbeiter hin - und organisieren sich. Ein Gewerkschaftskartell wird gegründet, das 1905 bereits 350 Mitglieder hat. Das ist eine stattliche Anzahl denn Husum weist zu diesem Zeitpunkt erst 230 Kollegen aus. 1906 sind in Tönning 394, 1907 sogar 420 und im Krisenjahr 1908 noch 300 Arbeiter organisiert.³⁾

Als politische Bewegung sind die Arbeiter jedoch schon weit früher in Erscheinung getreten. Bereits 1871 gibt es in Tönning eine Gemeinde des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins«, der damals in der gesamten Provinz Schleswig-Holstein gerade 1000 Mitglieder zählt. Ein Jahr später führt eine Agitationsreise den Präsidenten Wilhelm Hasenclever nach Tönning, und seine Rede findet Anklang.⁴⁾ Eine Reihe weiterer Agitatoren der Sozialdemokratie ziehen durchs Land, wobei der plattdeutsch sprechende Arbeiter Heier besonderen Eindruck macht. Er fragt jeden Arbeiter in der Versammlung, ob er schon der Partei angehört und, wenn nein, warum nicht. Jeder nicht organisierte Arbeiter bekommt eine Strafpredigt zu hören⁵⁾, und der eine oder andere ist daraufhin sicher der Partei beigetreten.

Auch nach Bismarcks »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« von 1878, wonach alle sozialdemokratischen Vereine, Versammlungen und Vergnügungsvereine verboten und die Genossenschaften und Hilfskassen stark bedroht sind, finden sich Tönninger Namen bei geheimen Zusammenkünften wieder. Einmal im Jahr treffen sich die Sozialdemokraten, getarnt als harmlose Ausflügler irgendwo in Wald und Feld, von Wachtposten auf Bäumen gesichert, um das weitere Vorgehen zu beraten. An solchen Geheimtagungen haben die Arbeiter Jöhnck, Schäfer und August Lange aus Tönning sich beteiligt.⁶⁾

Trotz der Illegalität, die den Wahlkampf fast unmöglich und für Mitglieder und Sympathisanten gefährlich macht, erreichen die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1890 einen Stimmenanteil von 20 % und sind stärkste Partei.

Das Sozialistengesetz wird nicht mehr verlängert. Das Ergebnis im Wahlkreis Tondern-Husum-Eiderstedt ist allerdings noch ziemlich mager; von 13390 Stimmen kann

Die Wohnungssituation für Arbeiter, die in größeren Städten zu Anfang des Jahrhunderts noch sehr schlecht ist, wo feuchte und lichtlose Wohnungen die Tuberkulose und andere Krankheiten fördern, ist in Tönning etwas besser. Immerhin gibt es eine Badeanstalt und zwei Krankenhäuser, höhere Schulen für Knaben und Mädchen, die dem »besseren Bildungsstreben« der höheren Werftangestellten entgegenkommen, und es gibt Volksbibliotheken und Lesehallen.

Arbeiterwohnungen entstehen und mit preußischen Staatsmitteln und Darlehen aus den Vermögensbeständen der Arbeiterversicherungsanstalten geförderte Rentenstellen. Ein Unternehmer stellt dabei Bauland zur Verfügung, das er von der Stadt kauft und dessen Aufteilung in Rentenstellen die Behörde übernimmt, die auch den Bau von Häusern veranlaßt. Die einzelnen Grundstücke sollen 1250-1700 qm oder größer sein, so daß noch Acker- und Gartenland übrigbleibt. Mehr als 3000 qm sollten die Grundstücke jedoch nicht groß sein, »da die Bewirtschaftung einer größeren Fläche durch die Arbeiter und ihre Familienangehörigen wegen der Kürze der arbeitsfreien Zeit nicht möglich ist.«⁸⁾

Ein Arbeiter hat die Möglichkeit, diese Rentenstellen als Eigentum zu erwerben, wenn er einen bestimmten Betrag anbezahlt und ein Darlehen an die königliche Rentenbank mit 5 % Verzinsung zurückzahlt. Diese Ansiedlungspolitik hat natürlich nicht nur soziale Aspekte, sondern der Unternehmer geht vielmehr davon aus, daß ein Arbeiter auch ein Interesse daran hat, seine Arbeitsstelle zu behalten. Sonst müßte er sein Hausgrundstück im Stich lassen und mit der Zahlung eines vielleicht geringeren Kaufpreises vorliebnehmen.

Durch ordentliche und gesunde Wohnverhältnisse ist auch gewährleistet, daß die Arbeiter und ihre Angehörigen gesund und leistungsfähig sind. Der Tönninger Bürgermeister Steffen weist darauf hin, »daß die Beköstigung des Arbeiters durch den Kartoffel- und Gemüsebau im eigenen Garten wesentlich verbilligt und gesundheitszuträglich wird. Abgesehen davon hat die Beschäftigung im eigenen Heim und eigenen Garten den großen Vorteil zur Folge, daß der Arbeiter von dem Wirtshausbesuch und dem übermäßigen Alkoholgenuß abgehalten wird.«⁹⁾

Der Tönninger Werftarbeiter arbeitet bis 1908 9/2 Stunden täglich, und der im Vergleich zu anderen Werften recht gute Stundenlohn wird vom Bürgermeister damit gerechtfertigt, »daß der norddeutsche Arbeiter durch seinen kräftigen Körperbau sehr viel kräftiger und leistungsfähiger als der süddeutsche und österreichische Arbeiter« sei. Was aber für einen Unternehmer und für einen preußischen Beamten damals von besonders großem Interesse ist, beschreibt Bürgermeister Steffen so: »Die unter solchen günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Arbeiter sind auch in der Lage, von ihrem Arbeitsverdienste und den Erträgen ihres Besitzes etwas zu sparen und werden durch den Besitz einer eigenen Scholle den Reihen der Umstürzpartei der Arbeiter (Sozialdemokratie) entzogen.«¹⁰⁾

Allerdings, so stellt sich wenige Jahre später heraus, hat nicht der Besitz der eigenen Scholle die Sozialdemokratie geschwächt, sondern der Krieg. Mehr als ein Drittel der Mitglieder in Schleswig-Holstein sind eingezogen. Die Sozialdemokraten haben am 4. August 1914 im Reichstag mit ihren Stimmen die Kriegskredite bewilligt. »Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im

Stich«, rief der Abgeordnete Haase in seiner Rede vor dem Reichstag, »wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.«¹²⁾ Zunächst wird diese Haltung von den meisten Sozialdemokraten gebilligt, und auch die Gewerkschaften schließen einen »Burgfrieden« mit der Regierung. Das bedeutet, daß Arbeitsschutzgesetze einschließlich der Schutzbestimmungen für Frauen- und Kinderarbeit aufgehoben werden, die Pressezensur eingeführt wird, und später alle Männer zwischen 17 und 60 Jahren, die nicht in der Armee sind, zur Arbeit in der Kriegswirtschaft gezwungen werden. Um die Jahreswende 1914/1915 wird die Kritik jedoch massiver. 20 Abgeordnete trennen sich von der SPD und stimmen gegen erneute Kriegskredite.¹²⁾ Im März 1917 kommt es zur Spaltung der Sozialdemokratie, die Opposition wird formal aus der Partei ausgeschlossen und formiert sich zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Die Generalkommission der Gewerkschaften lehnt eine Zusammenarbeit mit der USPD ab, obwohl es innerhalb des Metallarbeiterverbandes große Sympathien für sie gibt und die Handlungsgehilfen, die Kürschner und Schuhmacher sich insgesamt zu den Unabhängigen bekennen.¹³⁾ Die feindselige Haltung der Gewerkschaften kann aber den enormen Mitgliederzuwachs, den die USPD zu verzeichnen hat, nicht stoppen.

2. *Paul Dölz kommt nach Tönning*

In Tönning steht Paul Dölz an der Spitze der USPD. Er ist in Auma/Thüringen geboren, Tischler von Beruf und arbeitet auf der Hansa-Werft, die jahrelang stillgelegt hat. Erst durch den Krieg sind ab 1916 Aufträge der kaiserlichen Marine für den Bau und die Reparatur von Schiffen auszuführen.¹⁴⁾ Dölz ist seit seiner Gesellenzeit aktiver Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Einige Jahre ist er auf Wanderschaft in Deutschland und in der Schweiz gewesen, bis er bei Ausbruch des Krieges zum Wehrdienst eingezogen wird. 1917 wird er auf die Howaldts-Werft in Kiel dienstverpflichtet und kommt ein Jahr später, im September 1918, im Alter von 31 Jahren nach Tönning.¹⁵⁾ Paul Dölz ist für die sofortige Beendigung des Krieges. Für ihn ist klar, daß das deutsche Volk über den wahren Zweck des Krieges getäuscht werden soll, denn nach seiner Auffassung führt jede Regierung Krieg, um Eroberungen zu machen.

In einem Zeitungsartikel¹⁶), in dem er die Ereignisse während des Krieges aus seiner Sicht analysiert, spricht er davon, daß es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch Gegner der Kriegskredite gegeben hat. Die seien aber, als sie 1915 bereits forderten, »die Regierung möchte sich zu einem Frieden ohne Annektionen, ohne Kriegsentschädigung unter Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bereit erklären (...), verlacht und verhöhnt und als Landesverräter gebrandmarkt worden. Die äußere Politik wurde von den Kriegshetzern, Großindustriellen und Großgrundbesitzern geleitet, die Regierung mußte sich diesen Herren fügen. General Ludendorff war der Diktator in Deutschland«,¹⁷) schreibt Dölz.

Dölz hat mit seiner Einschätzung nicht unrecht, denn alle wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen Ludendorffs werden für eine optimale Kriegführung getroffen. Nach seiner Überzeugung ist es nur möglich, den Krieg zu gewinnen, »wenn alles, was unser Land an Bodenschätzen birgt und was die Industrie und der Acker hergeben können, ausgenutzt wird lediglich für die Förderung des Krieges. Dieses Höchstmaß an Leistungen kann aber nur erreicht werden, wenn das gesamte Volk sich in den Dienst des Vaterlandes stellt. Alle anderen Rücksichten müssen dagegen zurücktreten.«¹⁸)

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß auch im Kreis Eiderstedt die anfänglich »helle Begeisterung zu Kriegsbeginn nunmehr durch die gemeinsame schwere Not in Stadt und Land« zunehmender Ernüchterung gewichen ist. Jedenfalls macht Pastor Schröder aus Welt in einem Vortrag deutlich, wie schwer es ist, Landwirtschaft und Industrie »durch Anpassung an die Erfordernisse des Krieges«¹⁹) aufrechtzuerhalten. Immer wieder müssen neue Kriegsanleihen finanziert werden, an denen sich der Kreis Eiderstedt im April 1918 wiederum mit 700000 Mark beteiligen muß. Insgesamt sind bereits über 2,7 Millionen Mark Anleihen gezeichnet worden.²⁰) Wie groß die allgemeine Not der Bevölkerung ist, zeigt sich in einem Aufruf der Tönninger Altbekleidungsannahmestelle, die dringend darum bittet, getragene Kleidung abzuliefern, da sonst viele junge Konfirmanden nicht in der Lage sind, das Elternhaus zu verlassen und sich Arbeit in der Landwirtschaft oder Industrie zu suchen. Ihnen fehlt es besonders an Arbeitszeug und Schuhen.²¹)

Das ganze Jahr 1917 ist geprägt von Unruhen, die zunächst nicht einmal hochpolitisch sind, sondern Ausdruck von Mißstimmung über die unzureichende Ernährung, materielle Probleme und die allgemein verhärtete soziale und innenpolitische Lage. Leidtragende ist die Arbeiterklasse, als deren Vertreter Paul Dölz in seinem Zeitungsartikel von 1918 vehement gegen das System agitiert:

»Die besitzenden Klassen, vor allem ihre Vertreter im Reichstag, hatten es immer verstanden, die Lasten des Reiches vor allen Dingen der minderbemittelten Klasse

aufzubürden; fast jedes kleine Einkommen mußte versteuert werden. Dazu kamen die indirekten Steuern, die ebenfalls die Arbeiter, die Kleinhandwerker und die kleinen Landleute prozentual am meisten belasteten. Auf der anderen Seite waren es die großen Herren, die sich vom Steuerzahlen so viel wie möglich drückten trotz ihres großen Einkommens. Der deutsche Kaiser, der ein Einkommen von 23 Millionen hatte, der ungefähr 100 große Güter besaß und dadurch große Einnahmen erzielte, hat (...) keinen Pfennig Steuern bezahlt.

Die Kriegslasten wurden nur durch Kriegsanleihen, das heißt durch Schulden machen während dreier Jahre des Krieges gedeckt. Die Forderungen der Sozialdemokraten, die forderten, die Regierung sollte vor allen Dingen die Kriegsgewinnler, die Wucherer und Spekulanten zur Steuer heranziehen, wurden abgelehnt, und immer betonte der Finanzminister, unsere Kriegslasten bezahlen unsere Feinde, und deshalb brauchen wir auch nicht für Deckung zu sorgen.

Erst, nachdem weitere Kreise des Volkes einsahen, daß an eine Kriegsentschädigung von seiten unserer Feinde nicht zu denken war, ging man dazu über, neue Steuern zu bewilligen. Nun versuchte man ebenfalls die neuen Steuern der minderbemittelten Klasse aufzubürden. Es wurden viele indirekte Steuern, natürlich gegen die Sozialdemokratie, bewilligt. Limonade, Bier usw., Postverkehr, Bahnverkehr usw. wurden schwer besteuert. Auf der anderen Seite wagte man nicht, die Kriegsgewinnler scharf heranzuziehen, denn diese fürchtete man mehr als die Arbeiter, Bürger und Bauern. Hinzu kam noch die schlechte Regelung der Lebensmittelversorgung.

Bereits im August 1914 hatten die Sozialdemokraten sowie die Generalkommission der Gewerkschaften eine Eingabe an die Regierung gemacht und Leitsätze aufgestellt, um die Ernährung zu sichern. Aber diese Forderungen wurden nicht berücksichtigt. Erst später mußte man dazu übergehen, einzelne Forderungen zu erfüllen, weil die Not dazu zwang; aber immer nur Halbheiten wurden gemacht. So war es möglich, daß die Wucherer, Hamsterer und Spekulanten die größten Gewinne machten. Diejenigen Leute, die viel Geld besaßen, konnten auch während des Krieges herrlich und in Freuden leben; für schweres Geld konnte man alles kaufen.

Alle diese Lebensmittel, die für teures Geld in die Hände der Geldleute kamen, sind für die minderbemittelte Klasse verlorengegangen, und deshalb wurden auch die Rationen für die Allgemeinheit immer kleiner, so daß selbst der kleine Mann gezwungen war, auf verbotenem Wege Lebensmittel zu beschaffen, um sich wenigstens vor Hunger zu schützen. Dieses System hat sich so entwickelt, daß viele Richter sich für befangen erklären, wenn sie einen kleinen Hamsterer aburteilen sollen.

Vor allen Dingen aber ist bei den Reichsversorgungsstellen, vor allem in der Reichsgetreide-, Reichsfett- und Reichskartoffelstelle usw. schwer gesündigt worden. Hier hatte man einen Apparat von Beamten, Bürokraten usw. eingesetzt, die nichts davon verstanden, die keine Fachkenntnis besaßen, die nur da waren, sich vom Kriege zu drücken, die Millionen verdienten, die die halbe Welt hinter dem Wein- und Biertisch erobern wollten. «²²)

Paul Döls formuliert, was viele Menschen empfinden, denn die Lebensmittelversorgung ist für die Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Hunger und Entbehrung

machen sich breit. Anfang 1918 brechen in zahlreichen Großstädten Massenstreiks und Unruhen aus, bei denen auch politische Forderungen nach Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen sowie Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen gestellt werden. Die ersten Arbeiterräte treten auf. In Kiel wird Lothar Popp aus der Führungsspitze der schleswig-holsteinischen LISPd für seine Aufforderung, einen Arbeiterrat zu bilden, verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt.²³⁾

3. Die revolutionären Ereignisse in Tönning 1918 und die Arbeiter- und Soldatenräte

Die militärische Situation Deutschlands ist im August 1918 aussichtslos, und auch General Ludendorff weiß, daß der Krieg verloren ist. Aus diesem Grunde reagieren die Besatzungen der vor Wilhelmshaven liegenden Kriegsschiffe mißtrauisch, als sie Ende Oktober 1918 den Befehl erhalten auszulaufen. Sie befürchten, in einer letzten Verzweiflungsschlacht gegen England sinnlos verheizt zu werden und verweigern den Gehorsam.²⁴⁾ Die Offiziere behalten jedoch die Oberhand, verhaften 600 Matrosen und laufen Kiel an. Hier treten am 4. November die Werftarbeiter in den Sympathiestreik, die verhafteten Matrosen werden aus dem Gefängnis befreit und ins Gewerkschaftshaus gebracht. Die Versammlung wählt einen Soldatenrat und einen Arbeiterrat aus Vertretern der Großbetriebe, der beiden sozialistischen Parteien und dem Gewerkschaftskartell. Bis zum 7. November hat sich fast die ganze Flotte der Bewegung angeschlossen. Von Berlin aus werden der Staatssekretär Haussmann und der sozialdemokratische Abgeordnete Noske nach Kiel entsandt. Sie werden von den Massen am Bahnhof abgeholt. Noske hält eine eindrucksvolle Rede und vermag es, die Massen zu beruhigen. Er bekommt von der Regierung die Befehlsgewalt erteilt.²⁵⁾

In der Provinz werden die Meldungen von den revolutionären Vorgängen in Kiel mit großem Interesse aufgenommen. An den Aushängen der Zeitungsredaktionen versammeln sich viele Menschen und lesen im Gedränge die neuesten, aufregenden Nachrichten:

»Die Arbeiter- und Soldatenbewegung hat sich wie ein Lauffeuer schon über fast die ganze Provinz verbreitet. Der vormittags 11.18 in Husum ankommende Zug traf gestern mit großer Verspätung ein. Er war bei der Kanalbrücke bei St. Margarethen bereits von Matrosen, die sich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt hatten, zum Halten gezwungen worden. Eine sehr aufregende Fahrt machten die Fahrgäste des nächsten 1.51 von Hamburg nach Tondern fahrenden Zuges 10.20, der nur vom Hauptbahnhof Altona abgelassen wurde und als der Lokführer bei der Kanalbrücke dem Befehl zum Halten nicht folgen wollte, durch Maschinengewehrschüsse, bei denen die Fahrgäste sich platt auf den Boden warfen, zum Halten gezwungen wurde. Auf fast allen Stationen bis Heide waren bereits Wachen des Arbeiter- und Soldatenrates aufgestellt, mitfahrenden

Offizieren wurden die Waffen abgenommen und die Achselklappen abgerissen. Die Soldaten wurden wieder nach Hause geschickt und erhielten den Bescheid, daß sie jetzt unter dem Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates ständen, der ihnen weiteren Urlaub erteile. Auf der Fußgängerüberführung über die Marschbahn in Heide, wo besondere Demonstrationen veranstaltet wurden, waren zwei Maschinengewehre aufgestellt, über die eine rote Flagge wehte .. «²⁶⁾

In Lübeck, Rendsburg, Elmshorn, Itzehoe und Heide haben sich Räte gebildet, und auch in Tönning wird die Arbeit niedergelegt. Am 7. November wird der Betrieb auf der Werft, auf der mittlerweile beinahe 400 Mann arbeiten, durch eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates eingestellt. Umzüge und Versammlungen finden statt, an denen sich auch die Besatzungen der in Tönning eingelaufenen Torpedoboote beteiligen.²⁷⁾ Auf allen öffentlichen Gebäuden, Rathaus, Landratsamt, Post und Bahnhof, sind rote Flaggen gehißt. Für den Abend sind Betriebsversammlungen der Werft, der Seeflugzeugwerke und der Firma Koch in Carstens Gesellschaftshaus vorgesehen, bei denen über die politische Lage referiert wird. Die Bevölkerung wird durch eine Extra-Ausgabe des »Eiderstedter Wochenblattes« darüber informiert, daß sich auch in Tönning ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hat (Ahb. 5).

Den engeren Arbeiter- und Soldatenrat bilden der Klempner Deeling, Gastwirt Clausen, Mechaniker Billerbeck, Dreher Ostwald, Maschinenbauer Wesemann; an der Spitze stehen Paul Dölz und der Matrose Lade. Ein Büro wird vorläufig im Victoria-Hotel eingerichtet, Beigeordnete für den Landrat und den Bürgermeister werden bestimmt.

Für Paul Dölz beginnt jetzt eine besonders aktive Zeit. Er ist ein guter Redner und versteht es, für die Republik zu werben, in der als erstes die Zensur aufgehoben, die Meinungsfreiheit in Wort und Schrift sowie die Versammlungsfreiheit, das gleiche und geheime Wahlrecht für alle Männer und Frauen ab 20 Jahren eingeführt werden und der Achtstundentag in Kraft tritt. Dölz spricht in Husum von der Rathausstreppe aus zu einem großen Demonstrationzug aus Infanteristen, Matrosen und Arbeitern, die begleitet von einer Musikkapelle mit roten Fahnen durch die Stadt gezogen sind, und seine Rede klingt aus »in ein dreifaches Hoch auf den internationalen Sozialismus und die freie Republik.«²⁹⁾ Er wird auch vom Bürgermeister der Stadt Tönning, Brandenburg, aufgefordert, vor dem Stadtparlament die politische Lage zu erläutern. Bei den Stadtbediensteten ist man offensichtlich nicht so begeistert von dem Eingreifen der Arbeiter- und Soldatenräte in die Verwaltungsabläufe. Da machen Gerüchte von einer allgemeinen Durchsuchung nach Lebensmitteln und möglichen Beschlagnahmungen die Runde. Dölz erklärt jedoch, daß solche Maßnahmen nur im Einvernehmen mit den Behörden vorgenommen werden sollen. Man einigt sich schnell auf eine Vergrößerung der Lebensmittelkommission um drei Arbeiter und einen Werftmeister. Die

Wochenfleischmenge soll nach dem Willen des Arbeiterrates von 100g auf 200g pro Person erhöht werden. Einstimmig wird ebenfalls beschlossen, daß Paul Dölz als Beigeordneter des Bürgermeisters an den Sitzungen des Magistrats und des Stadtverordnetenkollegiums teilnehmen soll. Vom Bürgermeister kommt der Vorschlag, eine Kommission zu bilden, die prüfen soll, wie die Zusammenarbeit der städtischen Gremien mit dem Arbeiter- und Soldatenrat geregelt werden kann. Angestrebt wird die Bildung eines Bürgerausschusses.³⁰⁾ Da die Amtsführung der Bürgermeister und Landräte nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, erklären sich in den Kreisen Eiderstedt, Husum und Südtondern alle bereit, weiter zu arbeiten, »solange Pflicht und Gewissen es gestatten und soweit es sich um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, um die möglichst ungestörte Durchführung der Volksernährung und um die der Wohlfahrt der Bevölkerung dienenden Aufgaben handelt.«³¹⁾ Und auch Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats Tönning geben sich in Garding moderat:

Gestern nachmittag kam hier eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats aus Tönning an und hatte eine Unterredung mit dem Bürgermeister auf dem Rathaus, hier auf mit dem Postverwalter auf dem Posthause, wo eine Überwachung des Fernsprechdienstes eingerichtet wurde. Abends fand im »Apollo-Saal« eine öffentliche Volksversammlung statt, in der ein Vortrag über die politische Lage gehalten wurde. Der Referent betonte, daß jetzt in allen deutschen Gauen die rote Flagge wehe und gab dann einen Überblick über den Verlauf des Krieges, der zu der jetzigen Revolution geführt hat. Die Vorstellung einer Revolution sei bisher mit Raub und Plünderung verbunden gewesen, die Sozialdemokratie wolle aber keine neuen Blutopfer fordern, sondern diese verhüten. (...) Schweren Zeiten würden wir entgegengehen, aber die neue Regierung werde alles mögliche für die Befriedigung des Volkes tun. Die vorhandenen Lebensmittel sollten gerecht verteilt werden, zunächst aber müsse der Frieden herbeigeführt werden, der hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten lasse. Nach Beantwortung einiger Fragen wurde nach dem Erlaß des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates auch für Garding ein Arbeiterrat gebildet.³²⁾

Der Gardinger Bürgermeister entschließt sich, die Geschäfte der städtischen Verwaltung gemeinsam mit einem Beigeordneten des Arbeiter- und Soldatenrats weiterzuführen.

Auf der Hansa-Werft wird die Arbeit nach sechs Tagen Streik wieder aufgenommen - zu besseren Bedingungen als vorher. Der Achtstundentag ist in Kraft, und sonnabends wird nur bis 12 Uhr mittags gearbeitet. Mit der Werftdirektion ist ausgehandelt worden, daß der Lohn für 57'A Arbeitsstunden nun auch bei weniger Stunden gezahlt wird und eine Lohnerhöhung von 5 Pfennig pro Stunde hinzukommt. Auch die Streiktage werden bezahlt.³³⁾ Besonders der vom Rat der Volksbeauftragten verordnete Achtstundentag wird von den Arbeitgeberverbänden kritisiert. Das Husumer Commerzium bezeichnet diese Entscheidung als »durchaus übereilt«, und die Mitglieder denken nicht daran, den achtstündigen Arbeitstag

beizubehalten. Für sie wird der beabsichtigte Zweck, Arbeitsplätze für Kriegsheimkehrer zu schaffen, zumindest in den kleineren Betrieben, nicht erreicht, »ja in manchen Fällen wohl gar vereitelt, da die Verordnung verstimmend und lähmend gewirkt habe, wo man bereit gewesen sei, das heimgekehrte Personal restlos wieder einzustellen.«³⁴⁾ Von größeren Protesten sieht man ab, eine Eingabe soll durch die Handelskammer an die maßgebenden Instanzen weitergereicht werden. Eine Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat wird in Husum nicht ausgeschlossen, denn auch beim Commerzium geht man davon aus, daß dessen Maßnahmen auf das Wohl der Stadt bedacht sind. Das Ansinnen der Gewerkschaften, die Funktion eines Arbeitgeberverbandes zu übernehmen, mit dem über Löhne, Gehälter, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit verhandelt werden kann, wird vom Commerzium jedoch abgelehnt.³⁵⁾

Der Alltag beginnt sich zu normalisieren. In Friedrichstadt stellt man ganz erstaunt fest, daß die Staatsumwälzung bisher sehr ruhig verlaufen, und in dem Leben und Treiben in der Stadt von den politischen Vorgängen im Reich so gut wie nichts zu bemerken gewesen sei. Wo es Unruhe gegeben hatte, wurde sie nicht von Einheimischen verursacht:

»Mit dem 1.49 von hier nach Hamburg abfahrenden Zug hat gestern die Hamburger Infanteristen- und Matrosenabteilung Husum wieder verlassen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die gesamte Bürgerschaft und nicht zuletzt unser Arbeiter- und Soldatenrat aufgeatmet hat. Eigenmächtige und unberechtigte, zum Teil wieder rückgängig gemachte Requirierungen, die innerhalb der wenigen Tage bereits eine nicht unbeträchtliche noch unbezahlte Summe ausmachten und ein überhaupt sehr selbstherrliches und anmaßendes Auftreten vieler (nicht aller) Soldaten und Matrosen war nicht dazu angetan, für die Sache zu werben. Man ist außerordentlich zufrieden damit, daß an ihre Stelle respektable, unser volles Vertrauen verdienende hiesige Persönlichkeiten getreten sind, deren ehrliches und ernsthaftes Bestreben zur vollen Aufrechterhaltung der Ordnung und Gerechtigkeit auch von Gegnern der Bewegung rückhaltlos anerkannt und unterstützt werden muß.«³⁶⁾

4. Bürgertum und Bauernräte - Notlage der Bevölkerung

Paul Dölz genießt besonderes Ansehen, ihm gelingt es in mehreren Veranstaltungen, auch die ländliche Bevölkerung Eiderstedts davon zu überzeugen, Arbeiter- und Bauernräte in ihren Gemeinden zu gründen. Immer sind die Säle überfüllt. Das Interesse am politischen Geschehen ist groß. Das Bürgertum strebt eine Mitarbeit in den Räten an, was besonders in Friedrichstadt deutlich wird. Dort haben Sozialdemokraten und Fabrikarbeiter einen aus sechs Personen bestehenden Arbeiterrat gebildet, woraufhin der Bürgerverein Widerspruch erhebt und durchsetzt, daß sechs weitere Mitglieder aus den bürgerlichen Parteien hinzukommen, darunter der Brauereibesitzer, der Apotheker und der Kaufmann. Den

Vorsitz behält allerdings der Fabrikarbeiter Rahn, dem bei Stimmgleichheit das Entscheidungsrecht zugebilligt wird.³⁷⁾

Nicht nur das Bürgertum, auch die Bauern wollen bei der Bekämpfung der allgemeinen Not und bei der gerechteren Verteilung von Nahrungsmitteln ihren Einfluß geltend machen. Der Tönninger Arbeiter- und Soldatenrat erhält Unterstützung vom Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Kreisvereins und Amtsvorstehers Nicolai Reeder, der selbst einen großen Hof besitzt. Er fordert seine Berufskollegen ausdrücklich zur Teilnahme an einer Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats für die Landbevölkerung Eiderstedts auf. Zunächst referiert Paul Dölz eingehend über die revolutionäre Entwicklung und die Probleme, vor allem in der Lebensmittelversorgung, mit denen man zu kämpfen habe. Amtsvorsteher Tönies aus dem Kirchspiel Garding bringt in der anschließenden Diskussion zum Ausdruck, »daß es keinen Zweck habe, über das Vergangene Debatten zu führen.« Er fordert alle Landwirte auf, sich »nunmehr geschlossen hinter die jetzige Regierung zu stellen, damit das deutsche Volk bald zu geordneten und gesicherten Zuständen gelange«. Daran wollen sie alle mitwirken, und Amtsvorsteher Reeder betont, daß den Auslieferungspflichten für Lebensmittel unbedingt nachzukommen sei, denn jeder Landmann habe bei der drohenden Hungersnot um so mehr die Pflicht, die irgend entbehrlichen Lebensmittel sofort zur Verfügung zu stellen. »Wer unberechtigterweise Lebensmittel in dieser schweren Zeit zurückhält in der Absicht Wucher zu treiben, ist in meinen Augen ein Lump«, erklärt er.³⁸⁾ Kartoffeln, Kohl, Gemüse, Getreide und Kohlen werden in den Gemeinden und in der Stadt Tönning über Sammelstellen an die Bevölkerung verteilt. Der Kreisausschuß kommt mit Einverständnis des Arbeiterrates nicht umhin, die Brot- und Mehlversorgung zu rationieren. Pro Kopf der Bevölkerung dürfen nicht mehr als 2200 g Brot oder 1500 g Mehl in der Woche abgegeben werden.

Den Bäckern wird dementsprechend nur gestattet, Schwarzbrot zu je 1100 g oder 2200 g herzustellen. Die Zeiten sind schwer, aber der Arbeiterrat kann später hervorheben, daß es gemeinsam mit den Landwirten gelungen ist, innerhalb eines Vierteljahres 6000 Pfund Fleisch, 3000 Pfund Talg, 3000 Pfund Käse und verschiedene andere Lebensmittel gesammelt zu haben.³⁹⁾ Die Versorgung wird anscheinend erst besser, als der Stadt Tönning im April und Mai 1919 amerikanische Lebensmittel zugewiesen werden. Zunächst Mehl, dann Speck und Fleisch. Der Arbeiterrat setzt die Preise dafür gestaffelt nach dem Einkommen fest.⁴⁰⁾ Sogar von einigen Dithmarscher Bauern kommt Unterstützung. Sie stellen dem Magistrat Wintergemüse, Weißkohl, Steckrüben und Rotkohl unentgeltlich zur Verfügung. Trotzdem kommt es zu einigen Beschlagnahmungen durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die offensichtlich nicht unberechtigt vorgenommen werden, denn während einer Stadtverordnetensitzung wird gemeinsam beraten, wie die

gefundenen Lebensmittel verteilt werden sollen.⁴¹⁾ Niemand in Eiderstedt hat solche Mengen Eß- und Trinkbares gehortet wie sie vom Soldatenrat in Friedrichsort bei Kiel sichergestellt werden. Dort kommen bei einer Haussuchung in mehreren Offizierswohnungen einige hundert Flaschen Rum, Schnaps und Likör, 600 Pfund Marmelade, über 1000 Konservendosen ans Tageslicht sowie 40000 Zigaretten und 12 Zentner Seifenpulver.⁴²⁾

Viele Soldatenräte werden bereits kurze Zeit nach ihrer Entstehung wieder aufgelöst, weil die eingesetzten Soldaten in der überwiegenden Zahl nicht in Eiderstedt beheimatet sind und wieder zu ihren Stützpunkten zurückkehren. Der Gardinger Arbeiter- und Soldatenrat wird bereits Anfang Dezember 1918 wieder aufgelöst⁴³⁾, in Tönning bleibt ab Anfang Januar 1919 nur noch der Arbeiterrat bestehen.⁴⁴⁾ Die Bewegung verlagert sich auf die Dörfer. Bis Ende Dezember gibt es im ganzen Kreisgebiet Arbeiter- und Bauernräte, und zwar in Tating, Kotzenbüll, Koldenbüttel, Witzwort, Kirchspiel Tönning, Katharinenheerd, Welt, Kirchspiel Garding, Poppenbüll, Augustenkoog, Osterhever, Uelvesbüll, Norderfriedrichskoog, Tetenbüll und Westerhever. Sie beschäftigen sich mit praktischen Anliegen, ob wegen der knappen Brennstoffversorgung ein paar große Bäume gefällt und das Holz den Einwohnern zur Verfügung gestellt werden soll, wie man Schleichhandel, Wucher, Hamsterei und Geheimschlachtungen bekämpfen kann. Die Vertreter der Bauernräte verlassen sich weitgehend auf die bestehenden staatlichen Stellen; für Beschwerden und Unterstützungen sind weiterhin die Lehnslente und die Aufsichtsbehörden Ansprechpartner. Da es die Arbeiter- und Bauernräte aber nun einmal gibt, »können« sie an den Gemeindevertretersitzungen teilnehmen. »Die Lehnslente sollen gebeten werden, dem Arbeiter- und Bauernrat von den Sitzungen Kenntnis zu geben.« Amtsvorsteher Reeder weiß, daß »auch früher schon die Arbeiter Sitz und Stimme in den Gemeindevertretungen hatten, und gerade in Eiderstedt herrscht zwischen Arbeitern und Bauern das beste Einvernehmen.«⁴⁵⁾

Da ist nicht mehr die Rede von den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, die den Gemeinden, Verwaltungsbehörden, Landratsämtern usw. als Kontrollinstanz zur Seite stehen sollen, wie es in einem Erlaß des Innenministers vom 27. November 1918 heißt. Vielmehr wird Amtsvorsteher Reeder in den Provinzial-Bauernrat gewählt, in dem später eine ganze Reihe von Gegnern der Sozialdemokratie und der Demokratie überhaupt sitzen und gegen die Republik arbeiten.⁴⁶⁾

Die Räte versuchen ihr Bestes, mit der bedrückenden Situation nach dem verlorenen Krieg, mit dem Hunger und der wirtschaftlichen Not fertig zu werden. Ein Konzept für die Neuordnung fehlt ihnen, sie sind auf die Machtübernahme nicht vorbereitet, und ihre Kompetenzen sind ebenfalls nicht klar abgesteckt, denn sie werden immer wieder von den Beigeordneten beim Regierungspräsidenten in

Schleswig in ihren Aktivitäten gebremst. Da wird zwar angenommen, daß die Eingriffe der Räte in die Lebensmittelversorgung von »sozialem Mitgefühl« geleitet werden, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß dadurch die gesamte Verteilungsordnung durcheinandergerate und die Gefahr bestehe, daß es im Verlauf des Winters zu weiteren Engpässen kommen würde. »Wichtig ist auch,... daß keiner Beamte absetzt, die zur Mitarbeit bereit und willig sind. Nur mit neuem Geist mit Anlehnung an die alte Organisation und der Dienstleistung eingearbeiteter Kräfte kann die Aufgabe geschafft werden. Wo Änderungen nötig erscheinen, sind erst Vorschläge bei uns zu machen, die wir im Mittelpunkt des Provinzhauses erkennen können, was not tut.«⁴⁷⁾

Die Einstellung der einzelnen Beamtenorganisationen aus Post, Bahn und Verwaltung ist unterschiedlich. In Husum erklärt man sich bereit, »die von den vorläufigen Regierungsgewalten getroffenen Maßnahmen durchführen zu helfen.« Und obwohl »Gegensätze der Weltanschauung« die Beamten von den führenden Männern im Reich trennen, wird der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat anerkannt, weil dort Leute sitzen, »denen es voller Ernst ist mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung«. Der sozialdemokratische Vorsitzende Striepel wird von den Beamten »besonders geschätzt«:

»Herr Striepel hat oft betont, wie großen Wert er und der Arbeiter- und Soldatenrat darauf legt, daß Beamte und Bürger sich an der Arbeit beteiligen. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist auch geradezu darauf angewiesen, da die Arbeiterschaft allein nicht die nötigen Intelligenzen aufbringen kann.«⁴⁸⁾

Das ist in Tönning anders. Jedenfalls erntet der Arbeiter- und Soldatenrat heftigen Widerspruch von den Lehrern, als er in Schulangelegenheiten eingreift. Bevor nämlich der Schulunterricht reformiert werden kann und Kriegsverherrlichung, Volksverhetzung und abfällige Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie der gegenwärtigen Regierung aus dem Unterricht verbannt werden,⁴⁹⁾ versuchen die Mitglieder des Arbeiterrates, das Züchtigungsrecht der Lehrer einzuschränken. Davon wird den Strafprotokollen der einzelnen Schulklassen zufolge noch oft Gebrauch gemacht. Da haben Ida und Grete Schläge in die Hände bekommen »wegen Unordnung, Faulheit, Lügens und Unaufmerksamkeit«, Johann hat »Schläge auf das Gesäß erhalten wegen Trägheit«, und Martha wurde »am Ohr gezupft«, bis es blutete. Der Arbeiterrat wendet sich mit den Beschwerden der Eltern an den Magistrat und fordert ein Mandat in der Schuldeputation. Als die Sache nicht recht vorankommt, will der Arbeiterrat Wesemann das Problem im Alleingang lösen. Er geht während des Unterrichts in die Schule und macht einer Lehrerin im Klassenzimmer Vorhaltungen. Der Direktor wird gerufen, Beschwerden an den Regierungspräsidenten werden geschrieben und das Vorgehen des Arbeiterrates schließlich für unzulässig erklärt. In die inneren

Schulangelegenheiten hat er sich nicht einzumischen, und das Züchtigungsrecht für Lehrer bleibt unangetastet, weil es gesetzlich verankert ist.⁵⁰⁾

5. *Wahlkampf und Wahlergebnisse*

Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16.-19. Dezember 1918 in Berlin tagt, beschließt mit großer Mehrheit, den Wahltermin zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 festzulegen. Viel Zeit bleibt nicht für den Wahlkampf, aber die Parteien können sich über mangelndes Interesse an ihren Veranstaltungen nicht beklagen. Die Menschen wollen erfahren, wie es weitergehen soll und welche unterschiedlichen Vorstellungen es gibt.

Die Einstellung der USPD zu den Wahlen ist nicht ganz eindeutig. Ihr linker Flügel will das Rätssystem ausbauen, andere favorisieren die Nationalversammlung, ein großer Teil ist unentschlossen. Die Tönninger USPD und der Arbeiterrat machen besonders aktiv Wahlkampf und treten auch in Husum mehrmals als Veranstalter auf. In einer Woche absolviert Paul Dölz, der auch Kandidat seiner Partei, auf dem Listenplatz 2, für die Nationalversammlung ist, mehr als 12 gut besuchte Versammlungen, darunter auch eine Frauenversammlung, die von beinahe 350 Frauen besucht wird.⁵¹⁾ Unterstützung erhält er dabei von Referenten aus Kiel und Berlin. Sie gehen scharf ins Gericht mit dem Bürgertum, das nach ihrer Meinung an allen entscheidenden Wendepunkten in der Geschichte des deutschen Volkes versagt habe. Der Kaiser sei schon lange Zeit »psychopathisch von Wahnsinn befangen« gewesen, aber das Bürgertum habe in ihm eine Siegfriedsgestalt gesehen und somit den Krieg unnütz verlängert. Auch den Mehrheitssozialisten bleibt herbe Kritik nicht erspart. Mit der Bewilligung der Kriegskredite hätten sie »politische Kurzsichtigkeit und Treulosigkeit gegen das Parteiprogramm« bewiesen.

Nicht nur die eigenen Parteianhänger werden mobilisiert, sondern in fast jeder Versammlung der Unabhängigen Sozialisten sitzen auch Sozialdemokraten und Bürgerliche, so daß lebhaftige Diskussionen und Auseinandersetzungen an der Tagesordnung sind. Da wird intensiv darüber gestritten, wer die Schuld trägt am verlorenen Krieg, wann mit der Sozialisierung der Produktionsmittel begonnen werden soll, ob die Wahlen zur Nationalversammlung das richtige sind, das Rätssystem ausgebaut werden solle, oder ob es sich in einer monarchischen Verfassung nicht auch gut leben lasse.

Gerüchte werden dementiert, daß die Arbeiterräte innerhalb kurzer Zeit 800 Millionen Mark verbraucht hätten, die Kartoffelversorgung wird kritisiert, und Paul Dölz hebt die bedeutende Arbeitsleistung des Tönninger Arbeiter- und Soldatenrats hervor, was die Husumer wiederum als Kritik auslegen und sogar die Liberalen dazu veranlaßt, sich vor ihre Räte zu stellen. Da wird zwischen den beiden

sozialistischen Parteien diskutiert, ob Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg »eingelocht« gehören oder ob sie idealistisch veranlagte Menschen sind, deren guten Willen man anerkennen muß. Und da wird bedauert - auch bei den Unabhängigen, daß es überhaupt zur Spaltung der Sozialdemokratie gekommen ist. Deshalb gibt es überschwenglichen Beifall, als ein Redner sicher ist, daß die Errungenschaften der Revolution gegen Angriffe von rechts und von links von allen Sozialdemokraten geschlossen verteidigt würden.⁵²⁾

Die auswärtigen Referenten der USPD, besonders der Chemiker Petersen aus Berlin, der 25 Jahre in Friedrichstadt gelebt und dort stellvertretender Vorsitzender des Kriegervereins und Reserveoffizier war, Kameradschaft aber erst bei den Sozialdemokraten erlebt hat,⁵³⁾ wird in den Husumer Nachrichten wegen seines ruhigen und sachlichen Auftretens gelobt. Paul Dölz hingegen wird anders eingeschätzt:

»Herr Dölz erwies sich als ein Eiferer des sozialdemokratischen Radikalismus, der durchweg nicht einmal der alten sozialdemokratischen Mehrheitspartei, geschweige denn einer bürgerlichen Partei ein gutes Haar ließ und allen Segen fürs Volk nur vom Radikalismus erwartet. Nach unserem Empfinden steht er den Spartaciden mindestens ebenso nahe wie den Unabhängigen, von welch letztgenannten wir in Husum zw'e sehr maßvolle und sachliche Redner zu hören Gelegenheit hatten. Da aber unsere vernünftigen Mehrheitssozialisten ebenso wenig Verständnis und Sympathie für derartige Volksbeglückung haben wie die bürgerlichen Parteien, verfehlte die Rede des Herrn Dölz, falls sie zur Agitation für seine Partei gedacht war, offensichtlich ihre Wirkung. Als sich zur Aussprache - sicher nicht aus Feigheit oder Unfähigkeit, sondern aus anderem leicht verständlichem Grunde - trotz wiederholter Aufforderung keiner meldete, legte Herr Dölz noch einmal los, worauf sich der Saal spontan zu leeren begann. Die Versammlung kann jedenfalls als ein Beweis dafür gelten, daß man in Husum für blindwütigen Radikalismus nicht zu haben ist.«⁵⁴⁾

Ganz so schlimm kann es denn aber doch nicht gewesen sein. Immerhin waren über 1000 Menschen zu dieser Versammlung gekommen, und am Schluß konnte ein Ortsverein der USPD gegründet werden, dem spontan 30 Leute beigetreten sein sollen.⁵⁵⁾

In Tönning existiert schon seit längerer Zeit ein Ortsverein der USPD, dessen Mitglieder sich zu einem guten Teil aus den Werftarbeitern der Hansa-Werft rekrutieren. Viele von ihnen sind aus Hamburg zugewandert und haben politisches Bewußtsein mitgebracht. Die Werft ist gewerkschaftlich gut organisiert, leider noch nicht zu 100 %, wie manchmal beklagt wird. Die Arbeiter gehören zum großen Teil dem Metallarbeiterverband (MAV) an, bei dem man stärker als früher Sympathien für die USPD hegt. In einer öffentlichen Werftarbeiterversammlung wird bekanntgegeben, daß einige Kollegen Einziehungsbescheide zum Militär bekommen haben. Auf den Formularen ist vermerkt, »daß durch kaiserliche

Anordnung der Kriegszustand verhängt worden ist«, was in der Versammlung großes Gelächter auslöst. Für die Arbeiter ist »unser ‚Wilhelm‘ ein vaterlandsloser Geselle« geworden, und man beschließt, den Einziehungen nicht Folge zu leisten. Die Arbeiter sehen die Bescheide außerdem »als ein Produkt der Regierung Ebert-Scheidemann an, zu welcher sie kein Vertrauen haben und befürchten, gegen das Interesse der revolutionären Arbeiterschaft verwendet zu werden.«⁵⁶⁾ Unmut wird nicht nur über die Mehrheitssozialisten, sondern auch den Gewerkschaften gegenüber laut. Die Betriebsversammlung, auf der ein Gewerkschaftssekretär für Mäßigung in der Lohnpolitik eintritt, erklärt nach heftiger Debatte:

»Nicht die Löhne der Arbeiter sind schuld, daß Deutschland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, vor dem Staatsbankrott steht, sondern die Führer des deutschen Volkes einschließlich die Führer der Gewerkschaften, die dem Volke 4 Jahre das Durchhalten gepredigt und uns den Sieg versprochen haben. Diese Durchhaltepolitik bis zum Siege hat uns den Ruin gebracht.«⁵⁷⁾

Die Kollegen fordern von der Regierung sofortige Maßnahmen zur Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel. Eine Herabsetzung der Löhne wollen sie nicht hinnehmen. Der Gewerkschaftssekretär soll die Kritik weitergeben. Notfalls wollen die Werftarbeiter auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer, deren Neuwahl sie fordern, Maßnahmen ergreifen.

Bei soviel revolutionärem Elan ist es nicht verwunderlich, daß es auf der Tönninger Hansa-Werft nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs einen Proteststreik gibt, an dem sich 470 von 500 Beschäftigten beteiligen. Der Werftleitung und den Meistern war es nicht gelungen, die Arbeiter »bange zu machen« und vom Streik abzuhalten. Ein Kranz wird zu Ehren der beiden nach Berlin geschickt. Am darauffolgenden Sonnabend, einen Tag vor der Wahl zur Nationalversammlung, findet eine Gedächtnisfeier für die Ermordeten statt, bei der Paul Dölz eine Rede hält.⁵⁸⁾

Sogar am Wahlsonntag wird von den Parteien noch Agitation betrieben. Plakatträger und Wagen mit Wahlaufrufen sollen die Bürger anstiften, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Wahlbeteiligung ist dementsprechend hoch. In Husum und Tönning gehen die Liberalen von der Deutschen Demokratischen Partei als Wahlsieger hervor. Ihre Wähler kommen aus dem Bürgertum

	Deutsch natio- nale	Deut- sche VP	DDP	SH ern- Land-	Bau-Christi. u. VP arb.	Soz. Mehr- partei	Unabh. Sozial- demokr.
Husum I	117	149	896	8	5	302	10
Husum II	64	93	946	13	1	517	4
Husum III	50	78	779	-	5	608	24
Tönning, Land	9	12	23	14	-	86	42
Tönning, Stadt	33	151	619	i	5	424	479
Garding, Land	42	12	121	33	-	43	-
Garding, Stadt	54	12	466	12	4	216	5
Oldenswort	23	-	95	231	-	140	46
Norderdithmarschen	1060	1358	5439	2005	-	6635	1007
Altona	2202	3508	13559	-	-	28093	4184

Wahlen zur Nationalversammlung 1919 - Auszug aus den Wahlergebnissen in den Eider- stedter Nachrichten, 21.1.1919.

und der Landwirtschaft, sie sind demokratisch gesinnt, wollen aber den Einfluß der Sozialdemokratie begrenzen. Der Stimmenanteil der DDP liegt in Schleswig-Holstein mit 27,2 % erheblich über dem Reichsdurchschnitt von 18,6 %. In den Wahlkreisen Husum und Garding ist das Ergebnis für die USPD niederschmetternd, in Tönning-Land und Oldenswort gelingt immerhin ein Achtungserfolg. Nur in der Stadt Tönning erringt die USPD mit 27,9 % sogar mehr Stimmen als die SPD mit 24,7 %. Mit Sicherheit ist dieses Ergebnis auf die Persönlichkeit und das Auftreten von Paul Dölz zurückzuführen.

Das gute Abschneiden der USPD in Tönning bildet in Schleswig-Holstein neben Eckernförde eine Ausnahme. In Kiel (7 %) und in Altona (8 %) kann das durchschnittliche Reichsergebnis von 7,6 % noch erreicht werden. Ansonsten liegt die USPD im gesamten Schleswig-Holstein mit 3,4 % weit darunter.

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Preußischen Nationalversammlung am 26. Januar 1919 ist die Wahlbeteiligung nicht mehr so hoch, aber die USPD in Tönning kann das bisherige gute Ergebnis wiederum erreichen und erhält 28,2 % der Stimmen, gegenüber 24,2 % für die SPD.⁵⁹⁾

Paul Dölz ist mit dem Wahlergebnis »durchaus zufrieden«. Bei der kurzen Vorbereitungszeit hätte man nichts anderes erwarten können. Den Stimmenrückgang auf dem Lande und in Husum führt er auf die Wahlbeeinflussung der Mehrheitssozialisten zurück. Diese hätten erklärt, daß die Stimmen für die Unabhängigen für den Sozialismus verlorengehen würden. Dölz beklagt, daß viele Genossen auf dem Lande »die verleumderische Handlungsweise der Rechtssozialisten noch nicht durchschaut« hätten.⁶⁰⁾

Im ebenfalls neu gewählten Stadtparlament von Tönning arbeiten beide sozialdemokratischen Parteien zunächst wieder zusammen und wählen Paul Dölz zum Stadtverordnetenvorsteher (heute: Bürgervorsteher). Dölz ist damit der erste USPD-Mann in Schleswig-Holstein in dieser Position.⁶¹⁾ Die Bürgerlichen haben zusammen nur 8 Sitze erringen können, die Unabhängigen 7 und die Mehrheitssozialisten 3 Sitze.

	DNVP	DVP	DDP	SHBLD	CVP	SPD	USPD
Husum I	126	146	836	14	2	282	2
Husum II	77	88	870	27	1	598	5
Husum III	46	74	712	17	6	579	7
Garding	50	25	426	3	-	260	-
Tönning, Land	10	9	8	23	-	75	27
Tönning, Stadt	48	124	542	2	-	363	423

Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Nationalversammlung. - Auszug aus den Wahlergebnissen in den Eiderstedter Nachrichten, 27. 1. 1919.

6. Die USPD in Tönning - Solidarität mit Eugen Levine

Der Ortsverein der Unabhängigen in Tönning hat einen enormen Zulauf, wie es auch dem allgemeinen Trend im Reich entspricht. In Schleswig-Holstein werden 1919 in 76 Ortsvereinen rund 20000 Mitarbeiter gezählt. In Tönning wird im Mai des gleichen Jahres das 500. Mitglied begrüßt.⁶²⁾ Es ist ein lebendiger Ortsverein. Auch nach dem Wahlkampf werden regelmäßig Veranstaltungen durchgeführt, die meisten sind öffentliche Volksversammlungen, die im Sommer unter freiem Himmel stattfinden. Auf dem Marktplatz von Tönning ist es in dieser Zeit kein ungewohntes Bild, wenn Paul Dölz oder auswärtige USPD-Referenten aus Kiel oder Hamburg vor 600 bis 700 Teilnehmern sprechen. Sie werden informiert über die Friedensverhandlungen, über internationale Zusammenhänge, aber auch über die Diskussionen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien. Und dabei wird heftig gestritten. Zunächst sind SPD und USPD in den politischen Zielen nicht weit voneinander entfernt. Aber nach der Novemberrevolution und in der Übergangszeit bis zur Wahl der Nationalversammlung haben die USPD-Anhänger unterschiedene Reformen erwartet, insbesondere die Demokratisierung der Verwaltung, Arbeitermitbestimmung und Teilverstaatlichung der Wirtschaft. Die SPD scheut jedoch vor Konflikten mit der alten Bürokratie zurück und arbeitet planmäßig gegen das System der Arbeiter- und Soldatenräte.⁶³⁾ Das führt zu erheblicher Kritik und verschafft der USPD viele Mitglieder und Anhänger. Aber auch sie bleibt von Flügelkämpfen nicht verschont. Der rechte Flügel setzt weiterhin auf eine

enge Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialisten, und der linke Flügel verlangt radikales und klares Handeln.

Die Tönninger USPD gehört nicht zum rechten Flügel. Die Genossinnen und Genossen sehen im Ausbau des Rätegedankens und der Wahl der Nationalversammlung keinen Widerspruch und meinen, die sozialistische Republik könne auf diesem Weg errichtet werden. Paul Dölz hätte die Wahlen zur Nationalversammlung gern zu einem späteren Zeitpunkt gesehen, weil über die Räte noch einige Veränderungen hätten herbeigeführt werden können, die über den parlamentarischen Weg längere Zeit brauchen. Auf jeden Fall hat die Politik der Unabhängigen von Tönning Auswirkungen über die Kreisgrenze hinaus. In Wesselburen/Dithmarschen wird in einer Landwirteversammlung auf die von Tönning drohende »Spartakistengefahr« hingewiesen. Man fühlt sich bedroht, will eine Bürgerwehr bilden und verlangt in einer Eingabe an die Regierung 1000 Gewehre und 10 Maschinengewehre. Begründet wird die Furcht mit dem Gerücht, daß eine Kommission zur Durchsuchung aller Wohnungen nach Lebensmitteln gegründet worden sei und 200 Tönninger Arbeiter den bedrängten Sozialisten in Bremen zu Hilfe kommen wollten. Beides wird von den Unabhängigen zurückgewiesen. Es gebe auch »keinen einzigen Spartakisten« in Tönning.⁶⁴⁾

Drei Monate später, am 2. Juni 1919, findet eine öffentliche Volksversammlung statt mit einem Vortrag der Genossin Schaumann von der KPD aus Hamburg. Sie will den Teilnehmern »Die Ziele des Spartakusbundes« näherbringen. Revolutionäre Veränderungen sind nach ihrer Meinung nicht über den Weg des Parlaments zu erreichen, weil dieses Instrument vom Bürgertum beherrscht werde. Deshalb fordert sie alle sozialistischen Abgeordneten auf, ihr Mandat zurückzugeben. Paul Dölz widerspricht ihr und weist nach, daß in einigen Städten des Reiches auch Kommunisten in den Parlamenten sitzen. Die Genossin aus Hamburg kann schließlich 14 Tönninger überzeugen, die noch am gleichen Abend in die KPD eintreten.⁶⁵⁾ Als wenige Tage später aus München die Nachricht eintrifft, daß Eugen Levine von einem Sondergericht zum Tode verurteilt und am 5. Juni 1919 hingerichtet worden ist, sind Kommunisten und Unabhängige in Tönning gleichermaßen betroffen. Die Werftarbeiter und Arbeiter aus anderen kleineren Betrieben treten in den Streik.

Eugen Levine (1883-1919), als Kind jüdischer Eltern in Petersburg geboren, kommt im Alter von 14 Jahren nach Deutschland. Er studiert hier Nationalökonomie und arbeitet als Fabrikarbeiter in Mannheim, wo er mit gewerkschaftlicher Agitation beginnt. Er gehört zu den Kriegsgegnern und findet nach der Spaltung der Sozialdemokratie bei den Unabhängigen, später beim Spartakusbund seine politische Heimat. In Berlin hat er Kontakt zu Rosa Luxemburg, deren großes Vertrauen in die Massen er teilt. Levine meint, »daß es nicht Sache des Sozialisten

sei, die Massen aufzuhetzen und zu irgendwelchen Aktionen zu führen, sondern daß die Tätigkeit des Sozialisten darin bestehe, das klar auszusprechen, was die Masse instinktiv sehen und fühlen, selbst aber nicht zum Ausdruck bringen könne.«.⁶⁶⁾ Wegen seiner rhetorischen Fähigkeiten schickt ihn die KPD überall dorthin, wo sich wichtige Dinge entwickeln, ins Ruhrgebiet, nach Berlin und im März 1919 nach München, wo er für »Die Rote Fahne« schreibt. Er kann dort den Einfluß der KPD erheblich verstärken, geht aber auf Gegenkurs zu der von Unabhängigen, Anarchisten und Liberalen ausgerufenen Räterepublik. Für Levine ist es nur eine »Scheinräterepublik«.

Nach einem Putschversuch von rechts übernimmt er als Vorsitzender des Aktionsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte die Führung in München, muß aber nach der militärischen Zerschlagung des Räteregimes untertauchen. Er wird verhaftet und wegen Hochverrats vor ein Sondergericht gestellt, das ihn zum Tode verurteilt.

Levine hat die Unabhängigen sehr kritisiert und den »Usepetern«, wie sie von den Kommunisten in München genannt werden, vorgeworfen, keine klare politische Linie zu haben: » ... die Mehrheitssozialisten fangen an, laufen und verraten uns, die Unabhängigen gehen auf den Leim, machen mit, fallen später um, und uns Kommunisten stellt man an die Wand. Wir Kommunisten sind Tote auf Urlaub.«⁶⁷⁾ Über die Ansichten und Taktiken Levines wäre sicher auch in Tönning gestritten worden, aber sein Tod macht ihn nun - genauso wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - zu einem Märtyrer der Arbeiterbewegung. Alle inhaltlichen Unterschiede werden verdeckt von der Tatsache, daß die Vollstreckung des Todesurteils gegen Levine ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten nicht hätte vollzogen werden können. Und dagegen richtet sich der Sympathiestreik der Tönninger. Angeführt von Paul Dölz wird er der Gedächtnisfeier folgende Resolution angenommen: »Die Arbeiterschaft Tönning protestiert gegen die Erschießung des Genossen Levine in München und spricht ihre Verwunderung aus, daß eine Regierung, die sich zur Hälfte aus Sozialdemokraten zusammensetzt, ihre Bestätigung zu diesem Schandurteil hat geben können.«⁶⁸⁾

7. Hinwendung zur Kommunalpolitik

Der Arbeiterrat Tönning hat wegen der Verpflichtungen im Wahlkampf und der allgemein wirren tagespolitischen Geschehnisse längere Zeit nicht getagt; im Gegensatz zu den Bauern- und Landarbeiterräten, die Ende Juni 1919 zu einer gemeinsamen Sitzung aller örtlichen Räte aus den Kreisen Husum und Eiderstedt Zusammenkommen. Gemeinsam mit dem Beigeordneten beim Regierungspräsidenten in Schleswig, dem Mehrheitssozialisten Eduard Adler, findet ein

Meinungsaustausch statt. Alle Beteiligten sind zufrieden über die Zusammenarbeit zwischen Landarbeitern und Hofbesitzern. Amtsvorsteher Reeder setzt sich für das Fortbestehen der Räte ein, »die Tätigkeit darin sei ihm lieb geworden«. Allerdings sollten nur Wirtschaftsfragen behandelt, in den Räten dürfe keine Politik betrieben werden.⁶⁹⁾

Das sehen die Tönninger Arbeiterräte anders, die in ihrer ersten Sitzung im Juli gleich beschließen, daß sie in den Streik treten wollen. Vertreter aller Betriebe Tönning sind anwesend, denn es geht um die Friedensbedingungen des Versailler Vertrages, der am 16. Juli 1919 nach ausführlicher Debatte in der Nationalversammlung verkündet wird. Die Arbeiterschaft hatte damit gerechnet, daß durch die politische Umwälzung die Bestimmungen nicht so hart ausfallen würden. Am 21. Juli ruht deshalb der Betrieb auf der Werft und in allen Kleinbetrieben, sogar die Angestellten des Kreisausschusses machen mit, und die Geschäfte sind vom Vormittag an geschlossen. Nachmittags findet eine Kundgebung statt, zu der sich 700 Teilnehmer einfinden. Paul Dölz formuliert die Forderungen: »Beseitigung des Belagerungszustandes, der Pressezensur, Freilassung politischer Gefangener«. Ein Umzug mit Musik beendet die Versammlung.⁷⁰⁾

Trotz dieser großen Veranstaltung ist auch in Tönning die Zeit des Arbeiterrats vorüber. Zum Niedergang beigetragen hat sicherlich das gute Ergebnis der Unabhängigen bei den Stadtverordnetenwahlen. Jetzt sind die Arbeiter in größerem Maß als vorher in den Gremien der Stadt beteiligt und können mitbestimmen. Das Instrument der Arbeiterräte erscheint überflüssig, und Paul Dölz verlagert seine Tätigkeit mehr und mehr auf die kommunale Ebene. Auf einer Konferenz mit USPD-Vertretern aus der Provinz Schleswig-Holstein gibt er als Referent einen Überblick über die Kommunal- und Kreispolitik. Bisher waren die Unabhängigen in den Gemeinde- und Kreisparlamenten kaum vertreten. Nach dem neuen Verhältnis-Wahlrecht sieht Dölz voraus, daß die Partei mit einem erheblichen Stimmenzuwachs rechnen könne. Zunächst muß er aber den Zuhörern das neue Wahlrecht erklären; er verlangt, daß vom Bezirk Richtlinien herausgegeben werden, die ein einheitliches Handeln ermöglichen. Für die neu in die Kommunalparlamente gewählten Unabhängigen sollen Schulungskurse angeboten werden, damit »im gegebenen Augenblick« die Ämter dort übernommen werden können. Nicht ohne Stolz kann Dölz mitteilen, daß Tönning die einzige Stadt ist, in der die Preise für Lebensmittel und Brennmaterialien nach Einkommen gestaffelt sind. In der anschließenden Diskussion wird es von einigen Unabhängigen als problematisch angesehen, Listenverbindungen mit den Rechtssozialisten einzugehen. Im Prinzip ist auch Dölz dagegen, aber nur, wenn es nicht zum Nachteil der Arbeiterschaft ist. Wilhelm Dittmann aus Berlin, der im Rat der Volksbeauftragten das Amt des Wirtschaftsministers innehatte, zeigt sich beeindruckt von den

kommunalpolitischen Ideen seiner Genossen. Er findet diese Arbeit wichtig, denn nach seiner Meinung müssen die Anregungen nicht von oben, sondern von unten kommen. Nun hakt Paul Dölz nach und macht der Bezirksleitung den Vorwurf, sich nicht genügend um die Kommunalpolitik gekümmert zu haben. Er weiß, daß schwierige Probleme zu lösen gewesen sind, aber jetzt, »wo die Verhältnisse besser sind«, erwartet er mehr Initiativen:

»Die Debatte hat gezeigt, daß das Interesse an der Kommunalpolitik groß ist. Halten wir dieses Interesse wach und wecken wir es bei der gesamten Arbeiterschaft, dann können und werden wir in Zukunft die Gemeinde zum sozialistischen Gemeinwesen machen.«⁷¹⁾

Als Ergebnis der Konferenz beschließt die Zentralleitung der USPD, ab 1. Oktober eine kommunalpolitische Zeitung herauszugeben, die »ein sicherer Führer durch all den Wirrwarr von Fragen und Problemen sein soll«, mit denen sich Gemeinde- und Stadtvertreter beschäftigen müssen.⁷²⁾

Die kommunalpolitischen Ambitionen von Paul Dölz erfahren in der praktischen Umsetzung zunächst einen Rückschlag, denn bei der Präsentation für die Wahl der Beigeordneten in der Stadt Tönning entfallen auf den bürgerlichen Vorschlag 8 Stimmen und auf den der Unabhängigen 7 Stimmen. Außerdem werden drei unbeschriebene Zettel abgegeben, die den Mehrheitssozialisten zugerechnet werden. Dieses Verhalten betrachten die Unabhängigen mit Argwohn und sehen darin ein weiteres Beispiel, »daß sich die Rechtssozialisten überall Arm in Arm mit den Bürgerlichen gegen die Unabhängigen zusammenfinden«. Dabei hatte es vor den Wahlen Verhandlungen gegeben, bei denen man übereingekommen war, eine gemeinsame Liste für die Wahl der Stadträte einzureichen. Denn immerhin haben beide sozialistischen Parteien zusammen die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium, und es wäre sinnvoll, wenn diese Mehrheit sich auch im Magistrat wiederfände. Dafür sollte die SPD ein Stadtratsmandat und eventuell sogar die Position des Stadtverordnetenvorstehers übernehmen. Kurz vor den Wahlen stellen die Mehrheitssozialisten dann die Forderung, auch auf der Liste für die Beigeordneten berücksichtigt zu werden. Das lehnen die Unabhängigen entrüstet ab, und so kommt es, daß drei unbeschriebene Zettel abgegeben und den Bürgerlichen das Feld überlassen bleibt.⁷³⁾ Die Beteiligung an der Beigeordnetenwahl ist daher nur sehr gering, sie beträgt 19 %, und Lehrer Wichmann wird mit 219 von den 301 abgegebenen Stimmen zum Beigeordneten gewählt.

Bei der wenig später stattfindenden Wahl der Stadträte werden zwei Listenvorschläge der Bürgerlichen und einer der Unabhängigen dem Stadtverordnetenkollegium präsentiert. An der direkten Wahl können jedoch nur die Bürger teilnehmen, die sich zuvor in die Wählerliste im Rathaus eingetragen haben. Obwohl die Unabhängigen ordentlich Reklame machen, hat sich längst nicht jeder Arbeiter dort gemeldet. Von den 3525 Einwohnern Tönning - so viele sind es nach der

Volkszählung 1919 - sind 1617 wahlberechtigt, davon beteiligen sich 725, das sind 45 %, an der Wahl. Paul Dölz erhält 399 Stimmen und erreicht damit das beste Ergebnis. Er ist wiederum der erste Unabhängige Sozialdemokrat in Schleswig-Holstein, der als Stadtrat in den Magistrat gewählt wird. Weil sich die Sozialisten nicht einigen konnten, sitzt er dort zwei bürgerlichen Vertretern gegenüber, dem Kaufmann Ohrt, der mit 207 Stimmen gewählt wurde, und dem Zahntechniker Prange, dem 198 Tönninger ihre Stimme gaben.⁷⁴⁾

Man traut den Leuten von der USPD also durchaus zu, mit den Problemen der Stadt fertig zu werden, denn auch aus der Wahl des Elternbeirates an der Volksschule, für die wiederum intensiver Wahlkampf betrieben wird, geht die Liste der USPD mit den meisten Stimmen hervor.⁷⁵⁾ Trotzdem macht die hohe Arbeitslosigkeit allen zu schaffen. Tönning wird zwar in die Kategorie der teuren Städte eingereiht, so daß sich die üblichen Löhne und auch die Sätze der Erwerbslosenunterstützung erhöhen, aber dennoch ist es schwer, mit den geringen Mitteln auszukommen. Die Entlassung von Facharbeitern auf der Werft, die mit Arbeitsmangel begründet wird, macht die Situation nicht einfacher. Ein Schlichtungsausschuß soll sich mit der Frage beschäftigen, warum die sonst übliche Entschädigung nicht gezahlt wird. Die Arbeiter sehen gleich die Gefahr der Einschüchterung und wollen der Direktion »begreifbar machen, daß man sich auf die Dauer nicht ungestraft an der Arbeiterschaft versündigen kann.«⁷⁶⁾

8. Die Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920

Eine viel schlimmere Gefahr droht jedoch von anderer Seite. Die Reaktion hat sich mit der Republik überhaupt nicht anfreunden können, und besonders in der Reichswehr gibt es heftigen Widerstand. General von Lüttwitz hatte schon im September 1919 in einem Schreiben an den Reichswehrminister den Abbau der Arbeitslosenunterstützung nach dem Motto: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« sowie das unbedingte Verbot aller politischen und wirtschaftlichen Streiks gefordert. Am 10. März 1920 erscheint von Lüttwitz beim Reichspräsidenten und verlangt die Auflösung der Nationalversammlung. Am 13. März kommt es unter seiner militärischen Leitung und der politischen Führung des Generallandschaftsdirektors Kapp zum Putsch. Die Regierung, von der Reichswehr im Stich gelassen, muß aus Berlin flüchten, ruft aber zum Generalstreik auf: »Keine Hand darf sich mehr rühren, kein Proletarier der Militärdiktatur helfen. Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier vereinigt Euch!« Die Brigade Ehrhardt rückt in Berlin ein, Kapp wird zum Reichskanzler ernannt, aber er regiert im luftleeren Raum.⁷⁷⁾ Der Generalstreik wird befolgt, selbstverständlich auch in Tönning, wo am 15. März die gesamte Arbeiterschaft in den Streik tritt. Nur die Beamten und Angestellten der Werft zögern, weil sie fürchten, ihr Gehalt und ihre Stellung zu verlieren.

Auf einer Kundgebung vor dem Rathaus schildert Paul Dölz die Ereignisse der vergangenen Tage. Ein Aktionsausschuß wird gebildet, der Kontakt aufnimmt nach Husum, Heide, Kiel und Rendsburg. Abordnungen machen sich auf den Weg zum Bürgermeister und zum Landrat, um zu erfahren, auf welcher Seite sie stehen. Während Landrat Reeder, vormals Amtsvorsteher, sich zur republikanischen Verfassung bekennt und den Militärputsch »ein Verbrechen am Volk« nennt,⁷⁸⁾ will sich Bürgermeister Brandenburg nicht äußern. Er erkennt den Aktionsausschuß nicht an und lehnt es ab, irgendwelche Erklärungen abzugeben, was ihn in den Augen der Arbeiter zum Feind der rechtmäßigen Reichsregierung macht. Brandenburg wird in Schutzhaft genommen und darf das Rathaus nicht verlassen. Das gleiche gilt für den Bürodirektor des Kreis Ausschusses, Kropp. Mitglieder des Aktionsausschusses intervenieren wegen des zweifelhaften Verhaltens des Bürgermeisters beim Regierungspräsidenten in Schleswig, der telegrafisch eine vorläufige Amtsenthebung ausspricht. Gleichzeitig rät er, aus den Reihen der Stadtverordneten einen Vertreter zu ernennen und schlägt dafür Paul Dölz vor. Die Angestellten des Kreis Ausschusses und des Rathauses protestieren gegen die verhängte Schutzhaft ihrer Vorgesetzten, und als dies nichts nützt, treten sie in den Gegenstreik, dem sich auch die Polizeibeamten anschließen. Eine Arbeiterwehr übernimmt die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, indem sie Wach- und Patrouillendienste in der Stadt organisiert. Die Post wird besetzt und in aller Eile eine Reihe von Waffen und Munition beschafft, die aber nicht benötigt werden.

Am Nachmittag wird eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung anberaumt, deren einziger Tagesordnungspunkt die »Stellungnahme zu den politischen Vorgängen« ist. Obwohl die Bürgerlichen der Meinung sind, daß sie nach der Stadtordnung über diese Dinge gar nicht zu verhandeln hätten, sind sie sich mit den Sozialisten einig, »daß die alte Verfassung nicht aufgegeben ist, und daß nach den bisherigen Grundsätzen weiter zu arbeiten sei«. Die Festnahme des Bürgermeisters sehen sie als Beeinträchtigung der freien Meinung und als Freiheitsberaubung an. Nach einer längeren Debatte darüber wird eine Kommission aus drei Stadtverordneten gewählt, die den Bürgermeister noch einmal nach seiner Haltung zur Republik befragen soll. Die Sitzung wird unterbrochen, und Dölz, Claußen und Wichmann machen sich auf den Weg zum Bürgermeister, der nunmehr erklärt, daß er auf dem Boden der Verfassung stehe. Die Schutzhaft wieder aufzuheben, sehen sich die Stadtverordneten nicht in der Lage, denn sie haben sie nicht verhängt. Der Aktionsausschuß wird eingeschaltet, und wenig später sind Bürgermeister Brandenburg und Bürodirektor Kropp wieder frei. Nach eintägigem Streik nehmen auch die Beamten und Angestellten ihre Arbeit wieder auf.⁷⁹⁾ Vom Landrat Reeder erhält der Aktionsausschuß sogar eine nachträgliche

Legitimation. Auf seinen Antrag hin hatte der Kreisausschuß beschlossen, die Verpflegung und Unterkunft für den Aktionsausschuß zu bezahlen. Für die außerhalb des Kreises für »auftragungsgemäß ausgeführte Dienstreisen« entstandenen Kosten wendet Reeder sich an den Regierungspräsidenten. Denn, so schreibt er als Begründung: »Zur Wahrnehmung der Interessen der verfassungsmäßigen Regierung hatte sich auch in Tönning ein Aktionsausschuß gebildet, der um schnell handeln zu können genötigt war, mit Nachbarstädten und mit Kiel und Schleswig Verbindung zu suchen.«⁸⁰⁾ Ein Erfolg ist ihm nicht beschieden, die lapidare Antwort aus Schleswig lautet, »daß Reichs- oder Staatsmittel bis auf weiteres nicht zur Verfügung stehen«. So gering können die Mittel des Aktionsausschusses nicht gewesen sein, denn das Gewerkschaftskartell kann bei seiner Gründung eine Anleihe von 430 Mark machen.⁸¹⁾

Nach einer Woche Streik wird auch auf der Werft die Arbeit wieder aufgenommen. Die Streiktage sind nicht bezahlt worden, die Betriebsleitung hat lediglich einen Vorschuß von 150 Mark an jeden Arbeiter gezahlt, der nun vom Lohn wieder abgezogen werden soll. Hermann Kahlen, der Betriebsratsvorsitzende, wendet sich ebenfalls an den Regierungspräsidenten und schildert, daß man in Anbetracht des geringen Stundenlohnes von 2,70 Mark, »der bei weitem nicht ausreicht, um auch nur das Nötigste zum Leben zu beschaffen«, die Streiktage unbedingt bezahlt haben müsse. Die Belegschaft der Werft sei nunmehr 550 Mann stark, und es würden nur Arbeiten - 3 Minensuchboote, Aschprähme und Eisenbahnwagen-Reparatur - für das Reich ausgeführt.⁸²⁾ Im Mai 1920 antwortet der Regierungspräsident, er sei angewiesen, »dahin zu wirken, daß die Bezahlung durch die Arbeitgeber erfolgt«. Es kann davon ausgegangen werden, daß jedenfalls in dieser Hinsicht die Abwehr des Kapp-Putsches zu Lasten der Arbeiter gegangen ist.

Überzeugte und zum Handeln entschlossene Kapp-Anhänger gibt es in Tönning nicht. Zu einem Zwischenfall kommt es jedoch, als Friedrich Weiland, ein Spartakist von der Tönninger Werft, mit 20-25 Männern über die Eider rudert, um den Bauern aus dem Carolinenkoog die Waffen abzunehmen. Dabei soll es nach Zeitungsmeldungen »zu einem regelrechten Feuergefecht« gekommen sein.⁸³⁾ Aus Schleswig hingegen werden heftige Kämpfe um das Schloß Gottorf gemeldet, die sogar einige Todesopfer fordern. Kapp-Soldaten haben Eduard Adler, den Beigeordneten beim Regierungspräsidenten, verhaftet und sich im Schloß verbarrikadiert. Aus Husum soll Nachschub an Waffen und Munition besorgt werden. Das führt zu einigen Irritationen, denn der Kommunist Matthias Jacobsen hatte die von einem Schnellboot abmontierten Maschinengewehre auf dem Marktplatz vor dem Tine-Brunnen aufgestellt und damit die Husumer in Aufregung versetzt. Er war dem Gerücht aufgesessen, daß den Putschisten ergebenes Militär auf dem

Marsch nach Husum sei und hatte Abwehrmaßnahmen ergreifen wollen.⁸⁴⁾ Die vorläufige Amtsenthebung von Bürgermeister Brandenburg wird vom Regierungspräsidenten nicht aufrechterhalten. In der nächsten Sitzung beider städtischer Gremien greift die USPD dieses Problem auf. Der Stadtverordnete Janssen verliest eine Erklärung, in der es heißt, daß die USPD mit dem Verhalten des Bürgermeisters während des Kapp-Putsches nicht einverstanden sei ihm das Mißtrauen ausspreche. Dieses Votum der USPD sieht Branden- ; als »die beste Empfehlung für mich« und »den sichersten Beweis, daß ich) mich auf dem rechten Weg befinde«.⁸⁵⁾ Das Verhältnis bleibt gespannt, an eine gute Zusammenarbeit ist nicht mehr zu denken. Brandenburg zieht denn auch die Konsequenzen und bewirbt sich in anderen Städten. Im Oktober wird er in Plön gewählt.⁸⁶⁾

9. Das Gewerkschaftskartell

Zur Stärkung der Arbeiterbewegung wird am 31. März 1920 das Gewerkschaftskartell in Tönning wiederbelebt, das wenig später zum Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) wird.⁸⁷⁾ Zehn Delegierte aus verschiedenen Bereichen sind bei der Gründung anwesend und wählen Paul Dölz zum Arbeitersekretär, der an zwei Tagen in der Woche für Beratung zur Verfügung stehen soll. Das Kartell vertritt 538 Mitglieder, zum Vorsitzenden wird Hans Schaumburg, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Werft, gewählt. Bildungsangebote, auch in Form von Seminaren in der Wohnung des Vorsitzenden, werden unterbreitet und die Zeitschriften »Die Arbeiterversorgung« und die »Räte-Zeitung« abonniert. Die Ausgaben sind erheblich, schon in der dritten Sitzung muß der Beitrag pro Mitglied von 15 auf 20 Pfennige erhöht werden. Wegen der knappen Finanzen gibt es auch eine lebhafte Auseinandersetzung um die Kosten, die durch eine Fahrt von Hans Schaumburg nach Hamburg entstanden sind. Es ging um einige Hamburger Kollegen, die als politische Flüchtlinge nach Tönning gekommen sind, und die »im Besitz unglaublich plump gefälschter Papiere« waren, so daß die Gefahr bestand, »daß die Polizeibehörde dahinterkommen könnte usw.« Schaumburgs Reise sollte dazu dienen, ordentliche Papiere zu besorgen und damit Untersuchungen zu verhindern. Er muß sich die Kritik gefallen lassen, übereilt und ohne Beschluß gehandelt zu haben.⁸⁸⁾

Hans Schaumburg ist USPD-Mitglied und aktiver Gewerkschafter, er macht sich gleich daran, die Vertrauensmänner auf der Werft zur stärkeren Mitarbeit für die Organisation heranzuziehen. Nur so könne nach seiner Auffassung die Situation der Arbeiter verbessert und der Betriebsrat unterstützt werden. Die Agitation beginnt, Branchenversammlungen werden abgehalten und die Arbeiter gleichzeitig aufgefordert, Mitglied der Partei zu werden und die Zeitschrift »Republik« zu abonnieren. Das Gewerkschaftskartell ist der Meinung, daß es nicht ausreicht,

wenn nur 75 % der Belegschaft politisch organisiert sind, es sollen alle sein. Dagegen haben die Arbeiter selbst gar nicht so viel einzuwenden, aber es gibt Unruhe wegen des Zwanges, die Zeitung der USPD, die »Republik«, abonnieren zu müssen. Im Kartell wird darüber diskutiert und festgestellt, daß »die politische Organisation auf der Hansa-Werft (...) wohl etwas scharf angefaßt« worden ist. Trotzdem sollen die Vertrauensmänner die Beschlüsse des Kartells weiterhin vertreten.⁸⁹⁾

Um die Familien ernähren und die Mieten zahlen zu können, ist es vielfach notwendig, daß die Frauen Geld dazuverdienen. Das tun sie zu einem nicht geringen Teil durch Krabbenschälen. In einer Versammlung, in der die Probleme der Arbeit besprochen werden, beschließen die Frauen, den Preis für ein Pfund geschälte Krabben auf 40 Pf festzulegen. Nachdem dieser Preis unterboten wird, - einige Werftarbeiterfrauen schälen für 30 Pf - rügt das Kartell dieses Verhalten und appelliert an die Krabbenfischer, ihren Fang nur bei den Frauen abzuliefern, die für den festgesetzten Preis arbeiten. Bis April 1921 haben sich ca. 90 Frauen im Fabrikarbeiterverband organisiert und werden mit zwei Delegierten im Gewerkschaftskartell aufgenommen. Bald ist es nur noch der Unternehmer Steinle, der unter dem Tarif zahlt. Nachdem eine Kommission des Kartells und die beiden Vertrauensfrauen der Krabben Schälerinnen, Janssen und Jacobs, Steinle aufsuchen, bewilligt er »ohne weiteres« die geforderten 40 Pf.⁹⁰⁾

Neben den aktuellen Themen, die den Arbeitsmarkt oder betriebliche Auseinandersetzungen betreffen, beschäftigt sich das Kartell mit den Preissteigerungen von Lebensmitteln und den hohen Steuerabzügen, mit dem schlechten Verpflegungsstand im örtlichen Krankenhaus und mit den Richtlinien für die Krankenkasse. Es gibt einen Arbeiterturnverein, in den viele neue Mitglieder aufgenommen werden können und der besonders gute Geräteturner, aber auch einen Bezirksmeister im »volkstümlichen Fünfkampf« hervorbringt. Um ihre Aktivitäten ausweiten zu können, drängt die Freie Turnerschaft darauf, einen Spiel- und Sportplatz in Tönning anzulegen, bei dessen Bau sie gern selbst mit Hand anlegen will. Der Magistrat befaßt sich jedoch nicht mit diesem Thema, so daß im Kartell eine Kommission gebildet wird, die Verhandlungen aufnehmen soll. Der Arbeiter-Gesangverein »Freie Sänger« wird zum Kartell-Ball und zu Maifeiern eingeladen, Kinderfeste, Weihnachtsfeiern und Wohltätigkeitsveranstaltungen werden durchgeführt, so daß neben der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit in Tönning ein reges kulturelles Leben stattfindet, an dem die Arbeiter mit ihren Familien lebhaften Anteil nehmen.

10. Die »21 Bedingungen« und die Spaltung der USPD

Die USPD ist im Sommer 1920 auf mehr als 900000 Mitglieder angewachsen und

hat innerhalb der Arbeiterbewegung immer mehr Einfluß gewonnen. Ihre Struktur ist sehr basisorientiert, und alle anfallenden Probleme werden durch freie Diskussionen zu einer Lösung geführt. Über das Räteproblem wird ebenso gestritten wie über die Diktatur des Proletariats. Ein Thema, das immer wieder heftig erörtert wird, ist der Beitritt zu einer neuen revolutionären Internationale. Als eine USPD-Delegation nach Rußland fährt, um dort mit dem Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale zu verhandeln, scheint auch hier ein Einvernehmen möglich. Doch es kommt alles anders. Die 21 Bedingungen, die zur Aufnahme in die Dritte Internationale angenommen werden müssen, sind letztendlich Ursache für die Spaltung der Partei.⁹¹⁾ Die weitgehend von Lenin verfaßten Bedingungen sollen zu einer straffen Disziplinierung der Arbeiterbewegung führen und alle nichtrevolutionären Elemente entfernen. Im einzelnen wird von den Mitgliedern u. a. verlangt:

- kommunistische Agitation und Propaganda zu treiben,
- einen illegalen Apparat zur Vorbereitung des Bürgerkrieges zu begründen,
- innerhalb des Militärs Zellen aufzubauen und illegale Agitation zu betreiben,
- systematisch unter den Landarbeitern und Bauern zu agitieren,
- innerhalb der Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Arbeiterorganisationen kommunistische Zellen zu bilden,
- alle unzuverlässigen parlamentarischen Abgeordneten zu entfernen und die parlamentarische Fraktion dem Zentralkomitee der Partei unterzuordnen,
- die Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus in eiserner Disziplin zu reorganisieren, um alle kleinbürgerlichen Elemente auszuschalten,
- alle Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und des Exekutiv-Komitees als bindend anzuerkennen und
- sich den Namen Kommunistische Partei zu geben.⁹²⁾

Die vierköpfige USPD-Delegation kommt nach langen Verhandlungen über die Bedingungen gespalten aus Moskau zurück. Crispian und Dittmann lehnen sie ab, Däumig und Stoecker wollen sie im Interesse der revolutionären Entwicklung annehmen. Innerhalb der USPD soll die endgültige Entscheidung über den Beitritt zur Dritten Internationale auf einem Parteitag fallen, dessen Delegierte aus Urwahlen nach dem Verhältniswahlrecht hervorgehen sollen. Vor dieser Abstimmung gibt es an der Basis heftige Diskussionen um das Für und Wider der Bedingungen. Dabei ist auffällig, daß sich eine große Mehrheit der Funktionäre und beinahe die gesamte Parteipresse gegen die Annahme ausspricht, weil sie die Auflösung der USPD und die Unterwerfung der Organisation unter die Diktatur des Exekutiv-Komitees befürchtet. Auch die in Schleswig-Holstein erscheinende »Republik« bezieht in diesem Sinne Stellung.

In Tönning wird zur Meinungsbildung des USPD-Ortsvereins der Referent

Hansen aus Kiel eingeladen. Er berichtet von der Reichskonferenz und unterzieht die Bedingungen einer scharfen Kritik. Hansen kommt zu dem Schluß, daß sie unbedingt abgelehnt werden müssen. Sämtliche Diskussionsredner - bis auf eine Ausnahme - treten jedoch für die Annahme ein und kritisieren die schwankende Haltung ihrer Partei, der man die Bedingungen zu verdanken habe. Außerdem wird die Haltung der »Republik« in dieser Frage heftig diskutiert und mißbilligt. Die Basis fühlt sich nicht ausreichend über die Vorgänge in der Partei informiert. Zu Delegierten für die Bezirkskonferenz in Heide werden die Genossen Kölln, Nitsche und Feldtmann gewählt, allesamt Befürworter der Bedingungen.⁹³⁾ Eine Woche später spricht der Genosse Reich aus Hamburg in einer weiteren Mitgliederversammlung. Sein Referat wird »mit großem Beifall« aufgenommen, denn er gehört zu den Befürwortern. Einstimmig wird folgende Resolution angenommen:

»Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Tönning der USPD bringt zum Ausdruck, daß die revolutionäre Entwicklung den Zusammenschluß des revolutionären Proletariats in einer aktionsfähigen, und zwar in der kommunistischen dritten Internationale notwendig macht. Die Parteimitglieder treten daher mit Entschiedenheit für den Anschluß unserer Partei unter Anerkennung der Bedingungen in die dritte Internationale ein und sprechen die Erwartung aus, daß die Bezirkskonferenz und dann der Parteitag in diesem Sinne entscheiden werden.«⁹⁴⁾

Auf der Bezirkskonferenz werden zwei Kandidatenlisten aufgestellt, die beide »für den Zusammenschluß der USP mit allen Sozialrevolutionären Parteien und der kommunistischen Internationale zu einer aktionsfähigen allumfassenden Internationale eintreten. Aber die Liste, auf der auch der Name Paul Dölz erscheint, ist für die Abänderung der Aufnahmebedingungen. Die andere Listenverbindung steht für den »sofortigen Anschluß an Moskau und für straffe, doch demokratische Organisation und eine schlagkräftige revolutionäre Partei.«⁹⁵⁾ An der Diskussion im USPD-Ortsverein Tönning hat Paul Dölz sich anscheinend nicht beteiligt, denn es finden sich keine sonst üblichen Stellungnahmen von ihm. Es ist aber auch möglich, daß er die Stimmung an der Basis falsch eingeschätzt hat. Viele einfache Mitglieder waren von der russischen Revolution und besonders von Lenin immer noch sehr beeindruckt und konnten sich daher keine Nachteile aus einem Zusammenschluß in der Internationale vorstellen.⁹⁶⁾

Die Wahlbeteiligung ist insgesamt schwach, aber das Bezirksergebnis der Urwahl ist eindeutig: 2798 Stimmen für die Befürworter der Bedingungen und 1770 Stimmen für die Gegner.⁹⁷⁾ Von allen USPD-Mitgliedern in Schleswig- Holstein haben sich höchstens ein Drittel an der Abstimmung beteiligt. Neun Delegierte machen sich von hier auf den Weg nach Halle zum Parteitag, davon 5 Befürworter (mit 4007 Stimmen) und 4 Gegner (mit 2789 Stimmen). Am 17. Oktober 1920 wird in Halle namentlich abgestimmt und mit 236 Ja- und 156 Nein-Stimmen die Spaltung

der USPD vollzogen. Die Minderheit verläßt sogleich das Tagungslokal. Die Mehrheit vereinigt sich später mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD).⁹⁸⁾

In der »Republik« vom 19. Oktober gibt der Bezirksvorstand, in dem auch Paul Dölz sitzt, eine Bekanntmachung an alle Mitglieder in Schleswig-Holstein heraus:

»Nachdem die Entscheidung gefallen ist und ein Teil der Parteitage delegierten für die Annahme der Aufnahmebedingungen der kommunistischen Internationale den Boden der Grundsätze der USPD, die im Leipziger Aktionsprogramm festgelegt sind, verlassen hat, ist dieser Teil der Delegierten aus der Partei ausgeschieden. Um eine Klärung zu schaffen, werden wir in den nächsten Tagen allen Mitgliedern die Frage vorlegen und schriftlich erklären lassen, ob sie der alten, in allen Fragen der Politik bewährten USPD, deren Leitung sich nach wie vor in den Händen der Genossen Crispian und des alten Revolutionärs und Vorkämpfers Genosse Ledebour befindet, die Treue wahren wollen oder ob sie zu der kommunistischen Richtung Dornich, Hoffmann überzutreten beabsichtigen...«

Entsprechende Formulare sollen versandt werden und nach der Klärung Mitgliederversammlungen in allen Ortsvereinen abgehalten werden. Am 24. Oktober findet in Neumünster eine Bezirkskonferenz der Neukommunisten statt, die die Spaltung auch in Schleswig-Holstein vollzieht. Drei Tage später tritt in Kiel die Generalversammlung der alten USPD zusammen, auf der in einer Entschließung noch einmal »die von der Moskauer Exekutive propagierte Taktik und die von den Alt- und Neukommunisten vertretene Katastrophenpolitik« abgelehnt wird.⁹⁹⁾

Die Vertreter aller Ortsvereine der Kreise Husum, Südtondern, Eiderstedt und Norderdithmarschen gründen einen neuen Unterbezirk und berichten auf einer Konferenz, wie schädigend sich die »auf Betreiben von Moskau herbeigeführte Spaltung« hier ausgewirkt hat. Man sei nun starken Anfeindungen von rechts und links ausgesetzt, und viele Mitglieder seien indifferent geworden. Deshalb soll mit der Agitation von neuem begonnen werden.¹⁰⁰⁾

Auch in Tönning findet eine Generalversammlung statt, auf der sich die Mehrheit nun wiederum für den Verbleib bei der USPD um die Genossen Crispian und Ledebour entscheidet. Diejenigen Mitglieder, die zuvor für die Aufnahme in die Internationale gestimmt hatten, sind anscheinend nicht mehr vollzählig erschienen. Ein Problem ergibt sich, weil der bisherige Kassierer Hofe der neukommunistischen Richtung angehört. Um Irrtümer zu vermeiden, werden neue Beitragsmarken gedruckt und mit dem Namen Crispian/Ledebour versehen.¹⁰¹⁾

Die neuerliche Spaltung der Arbeiterschaft hat auch für die Arbeit im Gewerkschaftskartell Konsequenzen. Hier sitzen die Neukommunisten den alten USPD-Mitgliedern gegenüber und fordern, daß Paul Dölz als Arbeitersekretär nicht weiter finanziert werden soll. Der Kollege Kölln hat den Kassierer bereits aufgefordert, keine Gelder mehr an Dölz auszuzahlen, was zunächst auf Protest stößt.

Aber man wird sich doch einig darüber, daß »die politischen Verhältnisse und die Spaltung der Arbeiterschaft« es mit sich bringen, daß Dölz auf Dauer nicht mehr als Arbeitersekretär tragbar ist. Bis Ende November soll er sein Gehalt beziehen und diese Entscheidung den einzelnen Verbänden zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Das Abstimmungsergebnis ist mit 5:4 Stimmen knapp, aber das Verfahren wird gebilligt.¹⁰²⁾

11. Bürgermeisterwahl und Werftkrise

Für Paul Dölz ist es kein großer Verlust, die Tätigkeit eines Arbeitersekretärs nicht mehr auszuüben, weil er auf dem außerordentlichen Parteitag 1. Bezirksvorsitzender der USPD geworden ist¹⁰³⁾ und außerdem vorhat, sich für eine andere Stelle zu bewerben. Nach dem Weggang des Bürgermeisters Brandenburg nach Plön beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Bedingungen für das Ausschreibungsverfahren und legt den Termin für das Ende der Bewerbungsfrist auf den 15. November.¹⁰⁴⁾ Bis dahin gehen 57 Bewerbungen ein, die von einer Kommission, bestehend aus fünf Stadtverordneten, überprüft werden. Der Bürgermeister wird direkt gewählt, dazu liegen Wählerlisten im Rathaus aus, in die sich die Wahlberechtigten eintragen müssen. Das Auswahlverfahren der Bewerber für das Bürgermeisteramt zieht sich allerdings hin, erst Mitte Januar 1921 hat man sich auf drei Kandidaten geeinigt, die sich und ihre kommunalpolitischen Ziele am 26. Januar in Gothes Gesellschaftshaus vorstellen sollen. Es sind: Bürgermeister Schlimm aus Sulingen von den Bürgerlichen, Paul Dölz von der USPD und Obersteuermann a. D. Carl Blauel von den Mehrheitssozialisten.¹⁰⁵⁾ Vor zahlreichem Publikum geht Paul Dölz in seinem Beitrag auf die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und die Teuerungsrate ein. Für den Haushalt der Stadt fordert er eine höhere Besteuerung der Reichen und wegen bevorstehender Entlassungen auf der Werft den verstärkten Ausbau der Notstandsarbeiten. Nach seiner Auffassung sind die großen Aufgaben der Zeit nur lösbar durch schärfere Heranziehung der Besitzenden, staffelweisen Aufbau der indirekten Steuern und »Hineintragung sozialistischer Prinzipien in alle kommunalen und privaten Betriebe über intellektuelle Bestrebungen und Einrichtungen«,¹⁰⁶⁾

Vier Tage später wird gewählt. Dölz erhält 665 Stimmen, Schlimm 660 und Blauel 90 Stimmen. Dölz ist damit Bürgermeister. Antreten kann er sein Amt jedoch nicht, weil gegen die Wahl Einspruch erhoben wird. Nach der Städteordnung ist die Bekanntmachung der Kandidaten nicht rechtzeitig erfolgt, und die Stadtverordnetenversammlung erklärt die Wahl für ungültig. Das Verfahren muß von neuem beginnen.¹⁰⁷⁾

Seine Vorstellungsrede hat Paul Dölz gleichzeitig als Forum für den Wahlkampf der am 20. Februar 1921 anstehenden Reichstagswahlen genutzt. Paul Dölz

steht wiederum auf dem Listenplatz 2 nach dem Parteisekretär Friedrich Hansen aus Kiel. Für die Kommunisten kandidiert der Werftarbeiter Adolf Feldtmann.¹⁰⁸⁾ Tönning bleibt eine Hochburg der USPD. Die Mehrheitssozialisten liegen im Ergebnis noch hinter den Kommunisten zurück:

USPD	KPD	SPD
386 Stimmen	177 Stimmen	132 Stimmen
28%	12,8%	9,6 % ¹⁰⁹⁾

Mit seinen Befürchtungen, daß der Werft eine Krise bevorsteht, sollte Paul Dölz recht behalten. Bereits im August 1919 ist der Marinebaurat Peech in einem Gutachten¹¹⁰⁾ über die Lage der Hansa-Werft zu dem Schluß gekommen, daß mit den vorliegenden Aufträgen nur noch bis zum Ende des Jahres gearbeitet werden könne. Außerdem stellt er erhebliche Mängel bei den Werftanlagen fest, die einer dringenden Reparatur bedürfen. Die acht Jahre von 1907 bis 1916, in denen die Werft fast vollständig stillgelegt war, haben ihre Spuren hinterlassen. So ist die Dampfheizungsanlage zum Teil verrottet, die Beleuchtung mangelhaft; die Gleise müßten ebenso wie der fahrbare Werftkran erneuert werden, die Schiffbauschmiede ist nicht mehr leistungsfähig, weil Dampfhammer ausfallen; Kessel sind zu klein oder defekt usw. Peech beklagt,

daß die Arbeiter nicht annähernd das gleiche wie vor dem Krieg leisten, doch seien die Verhältnisse in Tönning immer noch besser als in Hamburg. Er sieht auch die Chancen für die Zukunft der Werft nicht schlecht, wenn eine Grunderneuerung und bessere Organisation der Arbeitsabläufe vorgenommen würden. Dazu könnte ein Konstrukteur für Entwürfe eingestellt und die kaufmännische Abteilung aufgestockt werden. Doch der Mangel an Eigenkapital und eine hohe Verschuldung lassen keinen Spielraum für neue Investitionen. Ende Februar 1921 werden auf einen Schlag 545 Mann entlassen. Nur 125 Arbeiter verbleiben auf der Werft, um ein Schiff fertig zu bauen.¹¹¹⁾ Vom Gewerkschaftskartell bemüht man sich darum, neue Aufgaben für die Arbeitslosen zu finden. Der Kartellvorsitzende Hans Schaumburg, der mittlerweile auch Betriebsratsvorsitzender der Hansa-Werft ist, nimmt Rücksprache mit dem Eiderstedter Landrat Reeder, der aber nicht so schnell etwas unternehmen kann. Er schreibt am 10. März an den Regierungspräsidenten in Schleswig:

»Die (...) Befürchtung, daß die hiesige Hansawerft ihren Betrieb ganz emsteilen würde, ist zur Tatsache geworden. Zur Fertigstellung der noch im Bau begriffenen beiden Schiffe werden z. Zt. noch etwa 100 Mann beschäftigt. Die übrigen Arbeiter sind sämtlich entlassen, haben jedoch zum größten Teil nach einigen Tagen wieder Arbeit namentlich auf Hamburger Werften gefunden. Die Zahl der Erwerbslosen in der Stadt Tönning beträgt noch etwa 50. Es ist damit zu rechnen, daß durch Inangriffnahme von Notstandsarbeiten diese ebenfalls in nächster Zeit wieder beschäftigt werden können. In Ausführung des Friedensvertrages wird z. Zt. an dem Abbruch der bei der Stadt Tönning liegenden

Flugzeughalle sowie der Flugzeugreparaturwerkstatt gearbeitet, auch hier hat eine Anzahl Erwerbsloser vorläufig Beschäftigung gefunden.

Zu irgendwelchen Ruhestörungen seitens der Erwerbslosen ist es nicht gekommen.«¹¹²⁾ Anträge an den Tönninger Magistrat werden gestellt, u. a. soll die Hafenanlage durch Vergabe von Notstandsarbeiten repariert werden. Außerdem sollen die Probleme in einer Erwerbslosenversammlung beraten werden.¹¹³⁾

Wie in dem Schreiben des Landrates Reeder ausgeführt, verläßt eine ganze Reihe von Arbeitern Tönning, um sich in anderen Orten Arbeit zu suchen. Das wird jedoch von den Mitgliedern des Kartells kritisiert, denn unter denen, die weggezogen sind, befinden sich viele aktive Gewerkschafter und Parteimitglieder sowie 160 Wahlberechtigte. Die zweite Bürgermeisterwahl steht vor der Tür, und man befürchtet Stimmengewinne für den bürgerlichen Kandidaten. Bei der Wahl am 10. April bekommt Bürgermeister Schlimm aus Sulingen denn auch eine satte Mehrheit, 754 Stimmen gegenüber 640 Stimmen für Paul Dölz.¹¹⁴⁾ Das Gewerkschaftskartell erhebt gegen die Wahl Protest. Der städtischen Verwaltung und den bürgerlichen Kommissionsmitgliedern wird Wahlbeeinflussung unterstellt. Aber alle Eingaben werden von den städtischen Gremien zurückgewiesen, mit der Stimme des Mehrheitssozialisten Clausen, was die Kartellmitglieder besonders erbost:

»Bei diesen öffentlichen Bürgermeisterwahlen in kleineren Orten ist der Wille des arbeitenden Volkes gebannt durch die Macht des Geldsackes. Wer den Geldsack hat, kann gegen die unterdrückten Massen arbeiten wie er will, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wird. Wenn sich dagegen der Proletarier einmal über solche Brutalität erregt, steckt man ihn ins Gefängnis. Dieser Mehrheitssozialist Clausen setzte sich mit aller Macht seiner Beredsamkeit für die Ablehnung der Proteste ein, was, wer Herrn Clausen kennt, nicht anders zu erwarten war ...¹¹⁵⁾

Am Sonnabend, dem 30. April, wird die Werft geschlossen, nachdem die letzte Schicht ihre Arbeit beendet hat. »Die Maschinen stehen still, das Hämmern ist verstummt, Kirchhofsruhe weht über den Werftanlagen«, schreibt die »Republik«. Die gewerkschaftliche und politische Organisation ist zusammengebrochen, der Arbeitersportverein hat keine Mitglieder mehr, und der Arbeitergesangverein ist auf 10 Mitglieder zusammengeschrumpft. Am 1. Mai kann deshalb nicht wie in den vergangenen Jahren mit einer großen Demonstration die geballte Macht der Arbeiterklasse gezeigt werden. Man trifft sich am Abend mit den verbliebenen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zu einer Abendfeier, bei der Dölz und Schaumburg der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Verhältnisse in Tönning sich bald bessern mögen.¹¹⁶⁾

Aus den Zeiten der alten Eider-Werft gibt es noch eine Unterstützungskasse, aus der Bedürftige eine Zuwendung erhalten können. Über 3000 Mark sind dort noch vorhanden, und drei Werftarbeiter, die arbeitsunfähig sind, erhalten jeden

Sonnabend eine finanzielle Unterstützung ausgezahlt. Diese Kasse soll nun an das Gewerkschaftskartell übergehen. Es wird beschlossen, daß ein Teil des Geldes bis zum 21. September 1921 beim Konsum fest angelegt und mit einer Sperrfrist versehen werden soll. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Arbeit auf der Werft nicht wieder aufgenommen worden ist, wird das Kartell berechtigt, Gelder zur Linderung von Not unter den gewerkschaftlich organisierten erwerbslosen Kollegen oder für die Erwerbslosenfürsorge abzuheben. Dafür ist in jedem Einzelfall ein einstimmiger Beschluß des Kartells notwendig, über den genau Buch zu führen ist. Bei Übergabe des Kassenbestandes ist ein Protokoll aufzunehmen, das sechs Kollegen unterzeichnen müssen.¹¹⁷⁾

12. Schwieriger Alltag für Arbeiter und Gewerkschaft

Bereits im Juni 1921 wird die stillgelegte Werft von einem Hamburger Consortium mit Generaldirektor Leopold an der Spitze als »Norddeutsche Union- Werke, Werft, Maschinen- und Waggonbau-AG« wieder eröffnet. Unter den einheimischen Arbeitern herrscht dennoch Unruhe, weil zunächst auswärtige Facharbeiter nach Tönning geholt werden, um die Anlagen wieder betriebsfähig zu machen. Mit der neuen Geschäftsleitung hält auch eine neue betriebliche Politik Einzug, denn in einem internen Aushang wird auf die »verwerflichen« Handlungen des früheren Betriebsrates hingewiesen. Eine Wiedereinstellung wird von Bedingungen abhängig gemacht, die unüblich sind, und so bleiben Mitglieder des Gewerkschaftskartells und Betriebsräte vor der Tür. Von der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes wird mit den Meistern verhandelt, und auch Ehefrauen sprechen vor, was für einige Kollegen erfolgreich ist. Für Hans Schaumburg, den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden, gilt dies nicht. Er verläßt deshalb im November die Stadt.¹¹⁸⁾ Nachfolger im Gewerkschaftskartell wird zunächst Willy Meyer, später wird Paul Dölz wiedergewählt, der nicht mehr auf der Werft arbeitet. Nach einer Beschäftigung in der Tischlerei Rawe richten sich die Eheleute Dölz einen kleinen Tabakwarenhandel ein. Frau Dölz betreibt nebenher einen Mittagstisch.

Obwohl auf der Werft nun wieder gearbeitet werden kann und rund 700 Tönningern ein Verdienst sicher ist, gibt es weiterhin große Versorgungsprobleme. Die Lebensmittel sind knapp und teuer, die Wohnungssituation hat sich dramatisch verschlechtert, und die Geldentwertung schreitet immer schneller voran. Gegenstände des täglichen Bedarfs können von einem Teil der Bevölkerung gar nicht mehr bezahlt werden. Die Polizeibehörde vermutet, »daß sich gewissenlose Kreise die Konjunktur zunutze machen« und ihre alten Lagerbestände zu teuren Preisen verkaufen.¹¹⁹⁾ Vom Kartell werden wiederum beim Landrat, der selbst einen großen Hof besitzt, und beim Bürgermeister Eingaben gemacht und

Gespräche geführt mit dem Ziel, die Not zu lindern. Allerdings kann so mancher Händler die Einkaufspreise für Kartoffeln und Milch nicht mehr bezahlen und muß aus der Stadtkasse Mittel erhalten.¹²⁰⁾

Die Organisation in Partei und Gewerkschaft ist immer noch geschwächt. Es sind aber mittlerweile wieder 388 Arbeiter Gewerkschaftsmitglied. Einige christlich orientierte Arbeiter bleiben ohne Einfluß. Zwar gelingt es, einen Betriebsrat zu wählen, aber der solidarische Zusammenhalt ist damit noch nicht wieder hergestellt. Branchen- und Obleuteversammlungen werden nur schlecht besucht, und es gibt viele Arbeiter, die mit der Gewerkschaft nichts zu tun haben wollen. Sie sind eingeschüchtert und befürchten eine erneute Stilllegung der Werft. Trotzdem wächst die Unzufriedenheit langsam an, denn es müssen ständig Überstunden gemacht werden, um die große Anzahl der Aufträge bewältigen zu können. Natürlich können die Arbeiter das zusätzliche Geld gut gebrauchen, aber sie wollen, daß die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Auch ohne Genehmigung des Betriebsrates ordnet die Geschäftsleitung für ganze Nächte Überstunden an, in denen die gleichen Arbeiter zwei Schichten durchgehend arbeiten.¹²¹⁾ Dafür gibt es zu Weihnachten zwar Tabak und Geschenke und anlässlich des Stapellaufes der »Vaterland« ein richtiges Fest für Arbeiter und Angestellte, aber das kann nicht über das immer schwieriger werdende Verhältnis zwischen Betriebsrat und Werftleitung hinwegtäuschen. Aussprachen werden verweigert, so daß ein Schlichtungsausschuß einberufen werden muß. Der Verstoß gegen das Betriebsrätegesetz wird gerügt, aber die Überstunden werden genehmigt.¹²²⁾

Der Ton wird rauher auf der Werft, Arbeiter fühlen sich von Angestellten im »Offizierston« angesprochen, besonders der Ingenieur Delfs wird wegen seines rigorosen Benehmens kritisiert. Die unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle, die Paul Dölz an drei Tagen in der Woche betreibt, hat auch aus diesem Grund regen Zulauf. Zu einer ersten ernsthaften Kraftprobe kommt es am 1. Mai. Die Werftleitung hatte bekanntgegeben, daß allen Arbeitnehmern, die im Betrieb für Partei oder Gewerkschaft agitieren, die Entlassung drohe. Außerdem wird für den 1. Mai die Arbeit angeordnet. Trotzdem erscheinen morgens nur 12 Arbeiter vor dem Werfttor, die gegen Bezahlung wieder nach Hause geschickt werden. Auf dem Marktplatz ist um so mehr los. Morgens findet eine Volksversammlung statt, nachmittags eine Demonstration mit einer Ansprache von Paul Dölz auf dem Marktplatz, für 300 Kinder gibt es Spiele und Belustigungen, und abends wird in zwei überfüllten Sälen gefeiert.¹²³⁾

Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den organisierten Arbeitern wächst, allerdings legt es die Betriebsleitung der Werft darauf an, unbedingt zu verhindern, daß weitere Arbeiter der Gewerkschaft beitreten. Jede Agitation wird unterbunden und den Unorganisierten Rückendeckung zugesagt, wenn sie standhaft bleiben.

Unruhe entsteht, und in einer Branchenversammlung der Schmiede und Schlosser wird erbittert festgestellt, daß durch dieses Verhalten die Kollegenschaft gespalten werden soll. Deshalb wird einstimmig beschlossen, in den Streik zu treten. Die Betriebsleitung reagiert schnell: »Wir machen hierdurch bekannt, daß die am Montag, dem 22. Mai, ohne Grund ausgeschiedenen Schlosser und Schmiede hierdurch entlassen sind.«¹²⁴⁾

Die Streikenden wählen einen Vorstand, bestehend aus dem 1. und 2. Vorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Beisitzern. Sie sollen eine Liste erstellen mit den Personen, die noch gewerkschaftlich zu organisieren sind. Auf der Betriebsversammlung wird nach ausführlicher Diskussion den Schmieden und Schlossern einmütig die volle Sympathie ausgesprochen und das Verhalten der Werftleitung und des Ingenieurs Delfs »an den Pranger gestellt«.¹²⁵⁾

Da durch den Streik der Schmiede und Schlosser der Fortgang der Arbeit in anderen Abteilungen gefährdet ist, vermutet Paul Dölz, daß versucht werden wird, Arbeiter von außerhalb heranzuziehen. Deshalb erscheint in der »Republik« ein Aufruf, daß alle »Arbeiter von der Wasserkante und darüber hinaus dringend gebeten werden, auf die Vorgänge in Tönning hinzuweisen. Kein gewerkschaftlich organisierter Kollege darf den streikenden Kollegen in den Rücken fallen«.¹²⁶⁾ Im Gewerkschaftskartell wird beschlossen, daß jeder Organisierte 40 Mark pro Woche als Solidaritätsbeitrag zur Unterstützung für die Streikenden zu zahlen habe. Dies wird auch in der Zeitung bekanntgegeben, und wenige Tage später sind 8000 Mark zusammen, die aber noch lange nicht für die Versorgung ausreichen. Auch der Metallarbeiterverband (MAV) soll »auf diplomatischem Wege« herangezogen werden. Der Bezirksleiter Schulz, der extra aus Hamburg angereist kommt, erklärt jedoch, daß der Streik nicht finanziell unterstützt werden könne, weil er gegen die Statuten verstoße. Die Kollegen sollten wieder zur Arbeit gehen. Über diese Haltung ist man enttäuscht und diskutiert erbittert eine Änderung der Satzung. Am nächsten Morgen soll eine Abordnung mit der Werftleitung verhandeln. Wenn die Meister Starke und Rockel in andere Ressorts versetzt werden, will man »trotz aller Widerwärtigkeiten« die Arbeit wieder aufnehmen.¹²⁷⁾ Nach acht Tagen ist der Streik beendet, und alle Schmiede und Schlosser werden weiterbeschäftigt. Für die Unterstützung ist ein Defizit von 10000 Mark entstanden, weil längst nicht alle Kollegen die 40 Mark auch abgeführt haben. Der MAV hat sich im Vergleich zu den anderen Gewerkschaftsverbänden am schlechtesten beteiligt, was auf einer Betriebsversammlung und im Kartell besonders gerügt wird. Während auf der Werft der Betriebsrat und die Obleute eine ganze Reihe von Problemen bei der Werftleitung zur Sprache bringen und gegebenenfalls abstellen können, sind kleinere Betriebe auf das Verhandlungsgeschick von Gewerkschaftsvertretern angewiesen. Bei der Tönninger Produktenhandlung Koch sind

die Löhne zu niedrig. Die Arbeiter wenden sich an den Transportarbeiterverband und verlangen 25 % Lohnerhöhung auf ihre 800 Mark in der Woche. Die Firma Koch lehnt jede Verhandlung mit der Gewerkschaft und natürlich auch die Lohnerhöhung ab. Erst als die Arbeiter ernsthaft beginnen, einen Streik zu organisieren, lenkt die Firmenleitung ein und führt ein Gespräch mit der Gewerkschaft herbei. Man einigt sich auf einen nun zu zahlenden Wochenlohn von 1100 Mark. Dieser soll sich automatisch mit den Löhnen der Werftarbeiter erhöhen. Obwohl damit die Inflationsrate noch nicht aufgefangen werden kann, sehen die Arbeiter den Erfolg auf ihrer Seite.¹²⁸⁾

13. Annäherung und Wiedervereinigung von USPD und SPD

Auf jeden Fall demonstriert die Tönninger Arbeiterschaft wieder Stärke und bekräftigt dies auch öffentlich, als der Kriegerverein eine Veranstaltung organisiert »mit Feldgottesdienst und allerlei militärischem Tams«¹²⁹⁾. Den Mitgliedern des Kriegervereins wird vorgeworfen, gar nicht wirklich gekämpft, sondern den Krieg nur am Biertisch geführt zu haben. Während sich die Teilnehmer noch in der Kirche befinden, beginnt eine Gegendemonstration, zu der USPD und SPD gemeinsam aufgerufen haben. Den bunten Orden und Ehren-Zeichen der Kriegervereiner stellt man auf dem Marktplatz »unsere einfache rote Fahne« gegenüber. »Mit einem brausenden Hoch auf die Internationale Sozialdemokratie« und der roten Fahne, »in deren Zeichen wir trotz aller Hemmnisse noch siegen werden«, beendet Paul Dölz seine Ansprache und empfiehlt der Arbeiterschaft in allen Städten und Dörfern, »den frech gewordenen Kriegervereiner in großen Gegendemonstrationen entgegenzutreten«.¹³⁰⁾ Der neue Bürgermeister, der »als Kamerad an dem Kriegsverbandsfest« teilgenommen hat, muß sich in der folgenden Kollegiensitzung denn auch den kritischen Fragen der USPD-Vertreter stellen. Der Hinweis von Paul Dölz, daß der Außenminister Walter Rathenau auf offener Straße erschossen worden ist, macht deutlich, daß sich die Gegner der Republik entschieden formieren. Denn Rathenau ist nicht zuletzt Opfer rechtsradikaler, antisemitischer Fanatiker geworden, die ihn in Hetzartikeln ungestraft als »gottverdammte Judensau« titulieren durften.¹³¹⁾ Paul Dölz wirft Bürgermeister Schlimm vor, »daß er nicht das Anstandsgefühl besitze und selbst des Ministers zu Ehren gedacht habe«, worauf er die Antwort bekommt, daß keine Anweisung von der Regierung vorliege.¹³²⁾

Von der Regierung in Berlin wird das Gesetz zum Schutz der Republik verabschiedet, was Paul Dölz vor dem Gewerkschaftskartell zu der Vermutung veranlaßt, »daß unsere am vorigen Dienstag stattgefundene Demonstration nicht ganz zwecklos gewesen sei«. Das Kartell ruft ebenfalls zu einer Kundgebung auf, wie es an vielen anderen Orten der Republik für den 4. Juli 1922 getan wird, um der

Forderung Nachdruck zu verleihen, dieses Gesetz auch tatsächlich anzuwenden.¹³³⁾

Dem Kampf gegen die Reaktion steht eine geteilte und geschwächte Arbeiterschaft gegenüber, so daß auf dem Bezirksparteitag der USPD Mitte Juli bereits einheitliche Aktionen »der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterschaft« gefordert werden.¹³⁴⁾ Zu einem großen Gewerkschaftsfest mit Kundgebung zur Mahnung an den Kriegsbeginn im Juli/August 1914 rufen beide sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften in verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins unter dem Motto »Nie wieder Krieg« auf.

In Tönning wird an zwei Tagen gefeiert, weil man gleichzeitig einen Jugendtag mit Bannerweihe der Arbeiterjugend begehen will. Kollegen und Genossen aus Husum, Lunden, Heide, Itzehoe und Glücksburg reisen an, der Trommel- und Pfeifenchor des Arbeiterturnvereins Flensburg, der Gesangverein »Freie Sänger« und die Feuerwehr geben Konzerte, ein Festzug mit Arbeiterradfahrern aus Husum und Tönning setzt sich in Bewegung, mehr als 400 Kinder sind mit Schärpen geschmückt und halten rote Fähnchen in der Hand, und ein Fackelzug zieht durch die Stadt. Alle sind sich einig: So ein prächtiger Umzug hat in Tönning noch nie stattgefunden. Natürlich hält Paul Dölz eine Rede, in der er auf »die großen und gewaltigen Aufgaben« hinweist, die von Partei und Gewerkschaft noch bewältigt werden müssen. Bei der anschließenden Bannerweihe der Arbeiterjugend wird der Hoffnung auf eine bessere Zukunft Ausdruck gegeben. Am Nachmittag gibt es Spiele, Belustigung und Tanz für die Kinder und abends Konzerte und Bälle in mehreren Lokalen für die Erwachsenen.¹³⁵⁾ Eine weitere sehr gut besuchte öffentliche Volksversammlung findet am 11. August 1922 statt, an dem vor drei Jahren die Nationalversammlung in Weimar die Reichsverfassung beschlossen hatte. Paul Dölz referiert etwas wehmütig, daß die Forderungen der Arbeiterschaft mehr Aussicht auf Umsetzung gehabt hätten, wenn man sich nach »Übernahme der politischen und militärischen Macht um die weitere Gestaltung des Staates einig gewesen wäre«. Wenn es an der bürgerlichen Republik auch Kritik gäbe, »so haben wir trotzdem die Pflicht, diese Republik gegen alle inneren Feinde mit allen Mitteln zu verteidigen«. Als erstes sollten die sozialistischen Parteien sich vereinigen und auf der Grundlage eines gemeinsamen Programmes zu arbeiten beginnen. »Diese Partei der Zukunft habe die Pflicht, den schärfsten Kampf gegen alle Gegner der Republik sowie des Sozialismus aufzunehmen«, meint auch Friedrich Hansen von der SPD. Allerdings erntet er heftigen Widerspruch von seiten der KPD-Vertreter, »die die altbekannten Vorwürfe gegen SPD und USPD erhoben«.¹³⁶⁾

Im September wird auf Reichsebene die Vereinigung von SPD und USPD beschlossen. Die »Republik« stellt mit ihrer Ausgabe am 30. September 1922 nach

drei Jahren und 10 Monaten ihr Erscheinen ein. Für die Abonnenten heißt es:

»Liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Republik, das Organ der bisherigen, selbständigen, Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, stellt am Sonnabend, den 30. September, infolge der Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien ihr Erscheinen ein. Als Parteizeitung der VSPD kommt die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung in Frage. Alle Genossen, die dem Beschluß des Parteitages folgen, müssen als Ersatz für die Republik ab 1. Oktober die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung abonnieren.«¹³⁷⁾

Auf dem am 15. Oktober stattfindenden Bezirksparteitag der SPD, die vorübergehend zur »Vereinigten Sozialdemokratischen Partei« (VSPD) wird, werden ohne lange Diskussionen zu den sechs Vorstandsmitgliedern drei der USPD hinzugewählt. Paul Dölz gehört zu den zwei USPD-Vertretern, die in der Kontrollkommission tätig werden.¹³⁸⁾ Der Einfluß der Unabhängigen ist gering, jedenfalls verändern sie die Politik der SPD nicht spürbar. Paul Dölz wird Vorsitzender der VSPD-Ortsgruppe Tönning¹³⁹⁾ und setzt damit den Schlußstrich unter einen kämpferischen und bewegten Lebensabschnitt, um seinen politischen Weg in der SPD fortzusetzen.

14. Ausblick

Von 1924 bis zur Machtergreifung der Nazis ist Paul Dölz hauptamtlicher Parteisekretär, wird aber im April 1933 verhaftet, sein Haus durchsucht und Bücher und Akten beschlagnahmt. Im November wird er wegen Haftunfähigkeit entlassen, steht aber unter Polizeibeobachtung. Die Familie lebt in dieser Zeit von dem kleinen Laden und dem Mittagstisch, den Frau Dölz anbietet. 1943 wird die zwangsweise Schließung des Ladens verfügt und Paul Dölz zur Germania-Werft nach Kiel dienstverpflichtet. Nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wird er wiederum verhaftet und in das KZ Neuengamme verschleppt, aus dem er am 1. Dezember entlassen wird.

Sein Engagement für Politik und Partei ist auch nach dem Krieg ungebrochen. Die Arbeit des SPD-Ortsvereins Tönning wird wiederbelebt, im Frühjahr 1946 ein Kreisverein gegründet. Vorsitzender ist Paul Dölz. Von 1947-54 ist er Abgeordneter im Landtag, er arbeitet im Eiderstedter Kreistag mit, von 1946 bis 1970 im Kreisausschuß; er nimmt Ämter bei der Stadt Tönning wahr, als Bürgermeister und später als Bürgervorsteher. Daneben ist er ehrenamtlich in vielen Vereinen aktiv. 1970 scheidet er, inzwischen Ehrenbürger von Tönning, aus der aktiven Politik aus. Im Alter von 88 Jahren stirbt er 1975.¹⁴⁰⁾

ANMERKUNGEN

1 Otto Hinze, Geschichte der Schiffswerft zu Tönning, Garding 1931.

2 1901 wurde die Werft von Schömer und Jensen durch den Bankier August Davids aus

Tönning in die »Eiderwerft-Aktiengesellschaft« umgewandelt. Es begann eine Blütezeit, und für die Aktionäre konnten hohe Dividenden ausgezahlt werden. Vgl. Karl-Heinz Handke, Die Tönninger Eisenschiffswerft, in: Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Tönninger Stadtgeschichte, Heft 6, Tönning 1987.

- 3 Rainer Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988, Tabelle 21, S. 522.
Die Schiffbaukrise, die 1907 einsetzt, wirkt sich auch in Tönning aus. 1908 sind nur noch 200 Arbeiter mit der Fertigstellung eines Dampfers und des Feuerschiffes »Eider« beschäftigt. 1909 sind alle Arbeiten abgeschlossen, neue Aufträge gibt es nicht. 1910 wird der Konkurs mangels Masse abgewiesen, die Werft liegt still. Vgl. Karl-Heinz Handke, wie Anm. 2.
- 4 Franz Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, o. J., hrsg. vom SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, S. 13.
- 5 Heinz-Volkmar Regling, Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965, S. 219 f.
- 6 Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 21 f.
- 7 ebd., S. 26.
- 8 Aus dem Schreiben des Tönninger Bürgermeisters Steffen an einen Kaufinteressen-ten für die seit 1909 stillgelegte Werft vom 18. 5.1911, Stadtarchiv Tönning, Akten R 474-478.
- 9 ebd.
- 10 ebd.
- 11 Zitiert nach Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 55.
- 12 Vgl. Arthur Rosenberg, Die Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt 1961.
- 13 Vgl. Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung, Hrsg. DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf 1980; Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Bonn 1989 S. 130 f.; Eric Waldman, Spartakus, Boppard 1967, S. 60 f.
- 14 Der Hamburger Kaufmann Theodor Scheid hatte 1916 den Schiffbaubetrieb mit staatlichen Aufträgen wieder ankurbeln können, nachdem einige Zeit die betriebsfertigen Werkstätten verpachtet worden waren. 1917 bekommt sie den Namen »Schiffswerft und Maschinenfabrik Hansa-Aktiengesellschaft«. Vgl. den in Anmerkung 2 genannten Aufsatz von Karl-Heinz Handke.
- 15 Nach einem Gespräch mit der Enkelin von Paul Dölz, Frau Gisela Christian, und ihrem Ehemann Dieter in Tönning, 1987.
- 16 Paul Dölz, Die militärische und politische Umwälzung, abgedruckt in den Eiderstedter Nachrichten, I. Teil 23.11.1918, II. Teil 26.11. 1918, III. Teil 30.11. 1918, IV. Teil 7.12.1918, V. Teil 10.12.1918.
Am 21. 12. 1918 erscheint folgender Zusatz: »Garding, 20. Dezember. In eigener Sache. Mehrfach ist an uns die Anfrage gerichtet worden, aus welchem Grunde wir die Artikel ‚Die militärische und politische Umwälzung‘ von Paul Dölz veröffentlichen. Hierauf teilen wir mit, daß wir zunächst die Aufnahme der Artikel mit dem Hinweis auf die Haltung unseres unparteiischen Nachrichtenblattes abgelehnt hatten, später jedoch nach persönlicher Rücksprache mit Herrn Dölz uns zur Veröffentlichung entschließen

- mußten. Im übrigen glauben wir, daß die einseitige Darstellung der Umwälzung vom Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokraten bei dem ruhigen und gesunden Sinn unserer Eiderstedter Bevölkerung aufklärend wirken wird, da sich immer deutlicher zeigt, welche Schädigungen des gesamten wirtschaftlichen Lebens bei der rücksichtslosen Herrschaft der Unabhängigen Sozialdemokratie zu erwarten sind.«.
- 17 ebd. III. Teil 30.11.1918.
 - 18 Ludendorff, Erich, Urkunden der Obersten Heeresleitung über die Tätigkeit 1916-18, Berlin 1922, S. 837. Zitiert nach Walter Tormin, Die Weimarer Republik, Hannover 1977, S. 34.
 - 19 Husumer Nachrichten, 27. 2.1918.
 - 20 Husumer Nachrichten, 13.4.1918.
 - 21 Husumer Nachrichten, 12. 3. 1918.
 - 22 Paul Dölz, Die militärische und politische Umwälzung. III. Teil, Eiderstedter Nachrichten 30.11.1918.
 - 23 Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 58.
 - 24 Im Kriegstagebuch der Seekriegsleitung, zitiert nach Wilhelm Deist, Seekriegsleitung und Flottillenrebellion 1918, in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte, 14. Jahrgang, 1966, S. 341, heißt es: »Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß hierdurch der Lauf der Dinge eine entscheidende Wendung erfährt, so ist es doch aus moralischen Gesichtspunkten Ehren- und Existenzfrage der Marine, im letzten Kampf ihr Äußerstes getan zu haben.« Vgl. Dirk Dähnhardt, Revolution in Kiel, 2. Aufl., Neumünster 1984.
 - 25 Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 60 f.
 - 26 Husumer Nachrichten, 7.11.1918.
 - 27 Eiderstedter Nachrichten und Husumer Nachrichten, 9. 11. 1918.
 - 28 Extrablatt des Eiderstedter Wochenblattes ohne Datum.
 - 29 Husumer Nachrichten, 11. 11.1918 und 12.12. 1918.
 - 30 Protokoll der außerordentlichen Sitzung beider städtischer Kollegien am 14.11.1918, Stadtarchiv Tönning.
 - 31 Erlaß des Oberpräsidenten von Moltke an die schleswig-holsteinischen Landräte und Oberbürgermeister, abgedruckt in den Husumer Nachrichten vom 12.11.1918.
 - 32 Eiderstedter Nachrichten, 14.11.1918.
 - 33 Eiderstedter Wochenblatt, 18. 11.1918.
 - 34 Husumer Nachrichten, 28. 11. 1918.
 - 35 Das Commerzium der Stadt Husum 1738-1963, Husum 1963.
 - 36 Husumer Nachrichten, 14.11.1918.
 - 37 Husumer Nachrichten, 30.11.1918.
 - 38 Zusammengefaßt nach Berichten im Eiderstedter Wochenblatt vom 15. und 22.11. 1918.
 - 39 Republik, 28. 3.1919.
Die Zeitung »Republik« ist das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Sie erscheint vom 24.12.1918 - 30. 9.1922 täglich, Stadtarchiv Kiel.
 - 40 Republik, 22. 4. und 22. 5.1919.
 - 41 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 14. 11.1918, Stadtarchiv Tönning.
 - 42 Husumer Nachrichten, 19.11.1918.

- 43 Husumer Nachrichten, 14.12.1918.
- 44 Husumer Nachrichten, 8. 1. 1919.
- 45 Protokoll einer Sitzung der Arbeiter- und Bauernräte in Garding in der Tonhalle am 28.12.1918, Landesarchiv, Abt. 320 Akte 198.
- 46 Vgl. Rudolf Rietzler, Kampf in der Nordmark, Neumünster 1982, S. 86.
- 47 Bekanntmachung der Beigeordneten beim Regierungspräsidenten an die Arbeiter und Bauernräte, abgedruckt in den Husumer Nachrichten, 29.11. 1918.
- 48 Husumer Nachrichten, 16. 11.1918.
- 49 Amtliche bedeutsame Anordnung für den Schulunterricht, die das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzialschulkollegien und -regierungen gerichtet hat, abgedruckt in den Husumer Nachrichten, 14.11.1918.
- 50 Schriftwechsel aus dem Stadtarchiv Tönning vom 3.12. 1918 - 6.1. 1919, Akte R 329.
- 51 Republik, 12.1.1919.
- 52 Zusammengefaßt nach einem Artikel in den Husumer Nachrichten vom 12.12.1918.
- 53 Husumer Nachrichten, 12.12.1918 und 18.12.1918.
- 54 Husumer Nachrichten, 11.1.1919.
- 55 Republik, 17.1.1919.
- 56 Republik, 18.1.1919.
- 57 Republik, 16. 2.1919.
- 58 Republik, 31.1.1919.
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten ihre Verbindung zur USPD gelöst und am 31.12. 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) gegründet. Sie lehnte die Wahl zur Nationalversammlung ab und wollte vielmehr das Räte-system ausbauen. Am 15. 1. 1919 wurden Liebknecht und Luxemburg in Berlin verhaftet und von Angehörigen der Reichswehr mißhandelt und ermordet.
- 59 Zu den Wahlergebnissen vgl. Rietzler, Kampf in der Nordmark, Neumünster 1982. Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963. Beide Autoren bringen den hohen Stimmenanteil der USPD in Verbindung mit der Stilllegung der Werft. Rainer Paetau, Konfrontation oder Kooperation, Neumünster 1988, führt den Erfolg der USPD auf das hohe Ansehen des USPD-Führers Paul Dölz in Tönning zurück. Das gleiche gilt im übrigen für Richard Vosgerau, der in Eckernförde ein hohes Stimmenergebnis für die USPD erzielt. Nach meinen Erkenntnissen hat Paetau mit seiner Einschätzung recht. Außerdem wird die Werft erst Ende Februar 1919 wegen Kohlemangels teilweise stillgelegt. Im März wird eine Waggonreparaturwerkstatt und Holzarbeiten für die Waggonindustrie und Herstellung von Lokomotiven angegliedert. Vgl. die Berichte in der Republik vom 28. 2. und 22. 3. 1919 sowie Karl- Heinz Handke, Anm. 2.
- 60 Republik, 31.1.1919 und 13. 2.1919.
- 61 Eiderstedter Nachrichten, 4. 3. 1919 und Republik, 25. 3.1919.
- 62 Republik, 22. 5. 1919. Vgl. auch Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 65.
- 63 Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1961, sowie Rudolf Rietzler, Kampf in der Nordmark, s. Anm. 59.
- 64 Republik, 28. 3.1919.

- 65 Republik, 17. 6.1919.
- 66 Das Ende des Arbeiterführers Eugen Levine, in: Der Kommunist, 12. 7. 1919, abgedruckt bei Hansjörg Viesel, Literaten an der Wand, Frankfurt 1980, S. 451.
- 67 Eugen Levine, Schlußrede vor Gericht, abgedruckt bei Hansjörg Viesel, Literaten an der Wand, S. 443-450.
- 68 Republik, 19. 6.1919.
- 69 Husumer Nachrichten, 5. und 6. 6.1919.
- 70 Republik, 28. 7.1919.
- 71 Zusammengefaßt nach Berichten in der Republik, 19. und 23. 9.1919.
- 72 Leider konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, ob eine kommunalpolitische Zeitung tatsächlich erschienen ist.
- 73 Republik, 24.5.1921.
- 74 Zusammengefaßt nach Berichten in der Republik, 9. und 16.10.1919.
Husumer Nachrichten, 8. und 14. 10. 1919. Die Republik spricht von 1663 Wahlberechtigten (HN 1617) und von 715 Wählern (HN 725), davon für Dölz 398 (HN 399), Ohrt 202 (HN 207) und Prange 196 (HN 198) Stimmen. In den Eiderstedter Nachrichten vom 14.10. 1919 findet sich wiederum ein anderes Ergebnis. Die Differenz konnte nicht geklärt werden.
- 75 Republik, 25. 2. und 4. 3. 1920. Die USPD-Liste erhält 175, die gegnerische 47 Stimmen. 8 Vertreter der USPD und 3 der Liste Behm sitzen im Elternbeirat der Volksschule.
- 76 Republik, 25. 2.1920.
- 77 Zitiert und zusammengefaßt nach Walter Tormin, Die Weimarer Republik, Hannover 1977, S. 104-109.
- 78 In der Republik vom 27. 3. 1920 wird wie folgt berichtet: »Der Landrat in Tönning, Herr Reeder, verhielt sich neutral. Mit ihm wurde sofort eine Einigung erzielt. Der Landrat, obwohl rechts stehend, erklärte gleich, der Militärputsch ist ein Verbrechen am Volk, ich stehe auf dem Boden der Verfassung, folglich hinter der alten Regierung.«
- 79 Zusammengefaßt nach Berichten in der Republik vom 27. und 29. 3. 1920 und im Eiderstedter Wochenblatt vom 16. 3. 1920 sowie Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 15. 3.1920, Stadtarchiv Tönning.
- 80 Schreiben des Landrats Reeder an den Regierungspräsidenten in Schleswig vom 25. 3. 1920, Landesarchiv Abt. 309 Akte 22855.
- 81 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 29. 9. 1920. Die Protokolle befinden sich im Besitz des DGB-Kreises Nordfriesland in Husum.
- 82 Schreiben des Betriebsratsvorsitzenden Hermann Kahlen an den Regierungspräsidenten in Schleswig vom 20. 4. und 3. 5. 1920, Antwort des Regierungspräsidenten vom 1. 5.1920, Landesarchiv Abt. 309 Akte 22855.
- 83 Dieser Zwischenfall wird bei der Verhaftung Weilands im Juni 1920 in den Eiderstedter Nachrichten vom 10. 6.1920 erwähnt.
- 84 Vgl. Karl Meitmann, Der Kapp-Putsch in Schleswig, in: Grenzfriedenshefte 3/1963.
- 85 Zusammengefaßt nach Berichten im Eiderstedter Wochenblatt vom 30. 4. 1920 und in der Republik vom 8. 5. 1920.
- 86 Republik, 13.10.1920.
- 87 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 31. 3.1920.

- 88 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 30. 6.1920.
- 89 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 30. 8.1920.
- 90 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 28. 7. 1920, 23. 3. und 4. 4. 1921 sowie Eiderstedter Wochenblatt vom 30. 7. 1920.
- 91 Robert F. Wheeler, Die »21 Bedingungen« und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/1975.
- 92 ebd. S. 120 f.
- 93 Republik, 13. 9.1920.
- 94 Republik, 21 9.1920.
- 95 Republik, 4.10.1920.
- 96 Vgl. Robert F. Wheeler, Die »21 Bedingungen«, s. Anm. 91.
- 97 Republik, 4. und 8.10.1920.
- 98 Vgl. Wheeler, S. 146 f. sowie Rolf Schulte/Jürgen Weber; Die USPD in Schleswig-Holstein, in: Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Kiel 1988, S. 307-319.
- 99 Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 72.
- 100 Republik, 7.11.1921 und 24.1.1922.
- 101 Republik, 29. 10.1920.
- 102 Protokolle des Gewerkschaftskartells vom 28.10. und 24.11.1920.
- 103 Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 73. Der Bezirksparteitag, auf dem Paul Dölz zum Vorsitzenden gewählt wird, findet am 9.1.1921 statt.
- 104 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 7. 10. 1920, Stadtarchiv Tönning.
- 105 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 14.1.1921.
- 106 Republik, 28.1.1921.
- 107 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 21. 2. 1921 sowie Republik vom 31.1.1921.
- 108 Kreisblatt für den Kreis Eiderstedt Nr. 10 vom 16. 2.1921.
- 109 Rainer Paetau, s. Anm. 3, Tabelle 43, S. 546 f.
- 110 Gutachten des Marinebaurats Peech vom 8.8. 1919, Stadtarchiv Tönning, Akte R 477.
- 111 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 28. 2.1921.
- 112 Schreiben vom 10. 3.1921, Landesarchiv Abt. 309 Akte 10747.
- 113 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 28. 2.1921.
- 114 Republik, 11.4.1921.
- 115 Republik, 11. 5.1921.
- 116 Republik, 4. 5.1921.
- 117 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 22. 4. 1921.
- 118 Zusammengefaßt nach Protokollen des Gewerkschaftskartells vom 30. 7., 3. 8. und 12.11.1921 sowie 4. 2.1922, Republik, 27. 5.1922.
- 119 Dargestellt nach Protokollen des Gewerkschaftskartells vom 3. 8., 7.10. und 12.11. 1921 sowie Republik, 4.11. 1921.
- 120 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 12. 11. 1921.
- 121 Republik, 23. 2. und 7.4.1922.
- 122 Republik, 7.4.1922.
- 123 Republik, 4. 5.1922.

- 124 Dargestellt nach einem Bericht in der Republik vom 27. 5.1922.
- 125 Dargestellt nach dem Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 24. 5. 1922 sowie einem Bericht in der Republik vom 27. 5.1922.
- 126 Republik, 27. 5.1922.
- 127 Dargestellt nach einem Bericht in der Republik vom 27. 5. 1922 und dem Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 30. 5. 1922.
- 128 Republik, 12. 7.1922.
- 129 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 24. 5.1922.
- 130 Republik, 31. 5.1922.
- 131 Vgl. Rudolf Rietzler, Kampf in der Nordmark, S. 152; Republik 6. 7.1922.
- 132 Republik, 6. 7.1922.
- 133 Protokoll des Gewerkschaftskartells vom 3. 7.1922.
Das Gesetz zum Schutz der Republik wurde nicht zuletzt aufgrund des Attentats auf Rathenau am 24. 6. 1922 verabschiedet und belegte verschiedene rechtsradikale Verbände wie den deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund mit einem Verbot. Vgl. Rietzler, S. 152 f.
- 134 Der Bezirksparteitag findet am 23. 7. 1922 in Neumünster statt. Vertreter von 37 Ortsvereinen nehmen teil. Vgl. Osterroth, S. 75.
- 135 Dargestellt nach Protokollen des Gewerkschaftskartells vom 23. 6. und 27. 6. 1922 sowie Republik, 7. 8.1922.
- 136 Republik, 16. 8.1922.
- 137 Republik, 29. 9.1922.
- 138 Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie, S. 75.
- 139 Hermann Peters, Die Ehrenbürger der Stadt Tönning, Paul Dölz, in: Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Tönninger Stadtgeschichte, Heft 7, März 1988.
- 140 ebd.

Informationsfahrten 1989

Die Mitglieder aus Flensburg und Schleswig besuchten das neue Kunstmuseum in Kolding und waren anschließend Gast auf dem Knivsberg, wo Herr List-Petersen die Teilnehmer eingehend über die Aufgaben des Hauses unterrichtete. Für die Mitglieder aus den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Nordfriesland hatten wir eine Fahrt nach Apenrade und Hadersleben angeboten. In Apenrade besichtigten die Teilnehmer zunächst die Bücherei des Bundes Deutscher Nordschleswiger. Anschließend besuchten sie eine deutsche Schule. Die jeweiligen Schulleiter unterrichteten unsere Mitglieder dabei über die Aufgaben der Schulen des Bundes deutscher Nordschleswiger. Nachmittags ging es nach Hadersleben. Dort stand eine Besichtigung des Domes auf dem Programm, der sich ein kurzer Gang durch die Altstadt anschloß.

Die Führung und Vorbereitung bei diesen Fahrten hatte dankenswerterweise Herr Selberg vom Bund deutscher Nordschleswiger übernommen.

180 Mitglieder und Freunde des Grenzfriedensbundes nahmen an den Fahrten teil. Höhepunkt und Abschluß war wieder einmal ein Besuch mit Mitgliedern aus Flensburg bei einem Ortsverband des BDN. In diesem Jahr waren wir zu Gast in Gravenstein. Herr Schmidt vom Hauptvorstand des BDN nahm dabei Stellung zu dem Ausgang der Kommunalwahlen in Dänemark, soweit es die deutsche Volksgruppe betrifft. Herr Ritter, der Schulleiter der Förde-Schule, berichtete über »seine« Schule. Neben der Schularbeit sehe er seine Aufgabe darin, möglichst ein großes kulturelles Angebot zu unterbreiten. Dabei sei es erfreulich festzustellen, daß dieses Angebot nicht nur von den Mitgliedern der Volksgruppe, sondern im steigenden Maße von den dänischen Nachbarn angenommen würde. Eine liebevolle Betreuung führte dazu, daß alle befriedigt nach Hause fuhren.

Etwas außerhalb dieses Rahmens lag die Kopenhagenfahrt, die vom 10. - 13.10. 1989 mit 25 Teilnehmern aus den verschiedensten Landesteilen stattfand. Es war das erste Mal, daß wir eine mehrtägige Fahrt anboten. Da eine solche Fahrt nicht in der gewohnten Weise finanziert werden kann, mußte der Teilnehmerbeitrag entsprechend hoch angesetzt werden. Die Fahrt ging über Puttgarden. In Roskilde besuchten wir den Dom. Am ersten Tag stand vormittags eine Stadtrundfahrt auf dem Programm. Nachmittags besichtigten wir das Schloß Kronburg und abends nahm der weitaus größte Teil der Gruppe an einem Ballettabend im Königlichen Theater teil. Eine glanzvolle Aufführung bereitete den Teilnehmern ein besonderes Erlebnis.

Am zweiten Tag unterrichtete uns Herr Matlok, der Leiter des deutschen Sekretariats, über seine Arbeit. Am Nachmittag wurde die Gruppe zunächst durch

das Parlament geführt und konnte kurzfristig auch an einer Sitzung des Parlaments teilnehmen.

Anschließend war die Gruppe zu Gast beim Dänischen Grenzverein.

Der Vormittag des dritten Tages stand den Teilnehmern zur freien Verfügung.

In Gesprächen, die wir auf der Rückfahrt mit einzelnen Teilnehmern führten, haben wir den Eindruck gewonnen, daß man allgemein mit dem Angebot und Verlauf der Fahrt zufrieden war. Vielleicht kann man eine solche Fahrt zu einem späteren Zeitpunkt und mit einem anderen Ziel wiederholen.

Walter Harenberg

»Kieler Erklärung noch heute beispielhaft«

Grenzbeauftragter Kurt Hamer würdigt Beginn ausgleichender Politik zwischen Mehr- und Minderheit vor 40 Jahren

Kiel. Als »heute noch beispielhaft« hat der Beauftragte des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten für Fragen der deutschen und dänischen Minderheiten, Kurt Hamer, die Kieler Erklärung vom 26. September 1949 bezeichnet.

Angesichts der nationalpolitischen Auseinandersetzungen in anderen europäischen Ländern sei die Erklärung unverändert von großer Aktualität, erklärte Hamer aus Anlaß des 40. Jahrestages ihrer Billigung durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag. »Wenn heute Deutsche und Dänen im Grenzland friedlich zusammenleben, wenn zwischen beiden Staaten ein gutnachbarliches Verhältnis herrscht und die Erfüllung der berechtigten Wünsche der dänischen Minderheit gewährleistet ist, dann ist dies ganz wesentlich auf die damals heftig umstrittene Regelung zurückzuführen.«

Die seinerzeit von Ministerpräsident Bruno Diekmann (SPD) eingebrachte »Erklärung der schleswig-holsteinischen Landesregierung über die Stellung der dänischen Minderheit« stand in der Tradition sozialdemokratischer Minderheitenpolitik. In einer Zeit starker Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Dänen wirkte sie wie eine »Magna Charta« und markierte gleichzeitig den Wendepunkt im Nationalitätenkampf an der Grenze. Kurt Hamer: »Die Kieler Erklärung ging von der Respektierung der Existenz nationaler und kultureller Minderheiten aus, erkannte deren Ansprüche an und garantierte deren Rechte. Darüber hinaus nahm sie den Staat in die Pflicht, nationale und kulturelle Minderheiten zu schützen und zu fördern.«

Diese Grundsätze fanden drei Monate später Eingang in die Landessatzung und wurden in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 bekräftigt und weiter konkretisiert.

Mit der Kieler Erklärung, so Hamer, sei die Abkehr von nationalpolitischer

Konfrontation vollzogen und gleichzeitig eine auf Befriedung, Ausgleich und Miteinander angelegte Politik eingeleitet worden. »Dieser damals mutige politische Schritt sollte heute noch beispielgebend sein«, unterstrich Hamer.

Der Nordschleswiger, 27. 9. 89

Kenner des Grenzlandes und der Minderheiten

Der neue Folketingspräsident heißt Prof. Hans Peter Clausen – und stammt aus Nordschleswig

Kopenhagen/Apenrade. Mit dem neuen Folketingspräsidenten Prof. H. P. Clausen (K) als Nachfolger Erik Ninn-Hansens (K) tritt ein Politiker an die Spitze des dänischen Parlaments, der das deutsch-dänische Grenzland – ebenso wie der in Tondern geborene Staatsminister Poul Schlüter – und seine beiden nationalen Minderheiten genau kennt.

Clausen, am 31. Januar 1928 in Borrig (bei Tondern) geboren, machte 1946 in Sonderburg Abitur, studierte Geschichtswissenschaft und Dänisch in Kopenhagen, war von 1969 bis 1974 Professor für Staatswissenschaften an der Universität Århus und die nächsten zwei Jahre Bibliotheksdirektor der Staatsbibliothek Århus.

Clausen war 1971 vorübergehend Gastprofessor an der Christian-Albrechts-Universität, Kiel. In Büchern (u. a. »Südschleswig – ein europäisches Problem« und die Geschichte der Augustenburger) und historischen Vorträgen zeichnete er sich schon frühzeitig als Mann eines deutsch-dänischen Verständnisses aus.

Das Grenzland hat Clausen im Grunde nie losgelassen. Jahrelang war er Vorsitzender der Århuser Universitätsstiftung für das Schloß Sandberg; und von 1984 bis 1986 führte er den Vorsitz des dänischen »Grænseforeningen«.

Als Dozent an der Journalistenhochschule in Århus von 1965 bis 1969 engagierte sich Clausen auch in Medienfragen. Dies tat er noch intensiver, als er 1980 zum Vorsitzenden der dänischen Medienkommission berufen wurde. U.a. aufgrund dieser erfolgreichen Tätigkeit wurde Clausen 1986 zum Kulturminister ernannt.

Die deutsche Minderheit und ihr Sekretariat in Kopenhagen bekamen schnell mit Clausen zu tun. Bei seinem Amtsantritt im März war noch keine Lösung für die Bezuschussung des deutsch-nordschleswigschen Büchereiwesens gefunden. Nach erfolgreichen Verhandlungen – Clausen hatte sich schon als Grenzvereinsvorsitzender für eine positive Büchereilösung ausgesprochen – wurde in einer Zeit, in der Nullrunden der öffentlichen Haushalte als oberste Maxime galten, der Staatszuschuß für die deutschen Büchereien in drei Etappen auf über zwei Millionen Kronen jährlich erhöht.

Dafür kann die deutsche Volksgruppe dem Minister, der seit Juni 1988 das Verkehrs- und Kommunikationsressort bekleidete, ebenso dankbar sein wie für

seine öffentliche Erklärung in Apenrade nach Lösung der staatlichen Büchereifrage, auch die Kommunen hätten jetzt ihren Beitrag zu leisten.

»Clausen ist ein Vertreter einer modernen dänischen Minderheitenpolitik, die zwar die dänische Minderheit im Herzen hat, die deutschen Nordschleswiger aber nicht aus dem Auge verliert«, schrieb »DER NORDSCHLESWIGER« anlässlich Clausens 60. Geburtstag im vergangenen Jahr.

Daß er das Grenzland im Auge behalten wird, bewies Clausen erst kürzlich wieder mit seinem Besuch an der Grenze und seinen Gesprächen mit dänischen und deutschen leitenden Polizeibeamten. Auch dem neuen Folketingspräsidenten dürfte der Blick ins Grenzland nicht aus den Augen geraten!

Der Nordschleswiger, 4.10.89

Dänisches Nationalgefühl als Forschungsgegenstand

1,3 Millionen Kronen sind einer Forschergruppe an der Universität Kopenhagen bewilligt worden, die unter der Leitung von Prof. Dr. Ole Feldbæk, Professor für Geschichte, steht. Ole Feldbæks Betrachtungen über Friedrich den Großen sind in den GFH 4/1986 (S. 197-203) vorgestellt worden.

Die Wissenschaftler haben sich das Ziel gesetzt, mit gründlich recherchierten Einzelbeiträgen zur Erforschung von »dansk nationalfølelse og dansk identitet« beizutragen. So wird sich z.B. Ole Feldbæks eigener Beitrag auf die Entstehung des Begriffs der dänischen Staatsbürgerschaft (»dansk indfødsret«) zwischen 1750 und 1800 konzentrieren. Ein anderer Beitrag wird sich mit den Auseinandersetzungen um die dänische EG-Mitgliedschaft im Jahre 1972 beschäftigen. Unter dem Titel »Dansk Identitetshistorie« hat Ole Feldbæk das laufende Projekt in der Zeitschrift »Tidsskrift for Historisk Forskning« (September 1989, S. 3-11) ausführlich vorgestellt.

Die Ergebnisse sollen in einem Sammelband Ende 1990 oder Anfang 1991 der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Eckhard Bodenstein

SSV erhofft »Riesenschritt vorwärts«

Durch geplante Änderung der schleswig-holsteinischen Landessatzung

Flensburg – Für das Klima im deutschdänischen Grenzland würde die geplante Verankerung der Förderung der dänischen und friesischen Volksgruppen in der neuen schleswig-holsteinischen Landessatzung einen Riesenschritt vorwärts bedeuten.

Dies erklärte Heinrich Schultz, Vorsitzender des Südschleswigschen Vereins (SSV) – die kulturelle Dachorganisation der dänischen Volksgruppe im Landesteil

Schleswig – am Sonnabend in Husum.

Bei der Landesversammlung seiner Organisatin zeigte Schultz sich zufrieden darüber, daß die CDU-Fraktion im Kieler Landtag jetzt anscheinend ihre bisherige ablehnende Haltung in dieser Frage geändert hat. Jedenfalls habe der Sonderausschuß für die Verfassungs- und Parlamentsreform einstimmig eine entsprechende Ergänzung der Landessatzung vorgeschlagen. Mit einer Verankerung des Schutzes der beiden Volksgruppen in der Landessatzung würden die bisherigen freiwilligen Leistungen der Kreise und Gemeinden für die dänische Sprache und Kultur in den Rang einer Verfassungsaufgabe erhoben und verpflichten damit die Kommunen zur aktiven Hilfe, erläuterte der SSV-Vorsitzende.

Bislang hatte die dänische Volksgruppe keinen Rechtsanspruch auf eine Förderung durch die Kreise und Gemeinden. Dadurch hat sich eine sehr unterschiedliche Behandlung der Volksgruppe in den einzelnen Gemeinden ergeben.

Heinrich Schultz unterstrich, auch in der CDU wachse das Verständnis dafür, daß die dänische Volksgruppe Anspruch auf Gleichberechtigung hinsichtlich der kommunalen Förderung ihrer Aktivitäten habe. Dies habe u. a. der Kieler CDU-Fraktionschef Heiko Hoffmann bekundet. Von seiten der SPD seien bereits entscheidende Schritte in dieser Richtung unternommen worden. So habe der Beauftragte der Landesregierung für Minderheitenfragen, der frühere SPD-Landtagsvizepräsident Kurt Hamer, alle SPD-Mandatsträger in den Gemeinden angeschrieben und ihnen die positive Haltung der SPD in dieser Frage erläutert. Im nächsten Jahr werde Hamer sich zusammen mit Volksgruppen-Repräsentanten für eine Gesprächsrunde mit kommunalen Vertretern über die kommunale Förderung zur Verfügung stellen.

»Vielerorts fehlt es scheinbar nicht an Geld, sondern an Verständnis für unsere berechtigten Forderungen und Wünsche«, meinte Schultz.

Der SSV hat zur Zeit 18279 Mitglieder – 411 weniger als vor einem Jahr. Davon sind 365 im letzten Jahr verstorben. Der SSV-Vorsitzende bedauerte, daß nicht alle Eltern, deren Kinder die dänischen Schulen und Kindergärten besuchen, Mitglieder im SSV sind. Er meinte, das kulturelle Angebot des SSV müsse in den kommenden Jahren verstärkt die Interessen der Jugendlichen aus der Volksgruppe berücksichtigen.

Aus dem Rechenschaftsbericht ging hervor, daß der SSV jetzt mit dem Bau eines kombinierten Versammlungshauses und Informationszentrums in der Ortschaft Dannewerk bei Schleswig begonnen hat. Das Informationszentrum soll dänische und deutsche Besucher über das historische Dannewerk unterrichten. Das Gebäude soll etwa 1,6 Mill. DM kosten und wird voraussichtlich nächstes Jahr im Juni im Rahmen des dänischen Jahrestreffens eingeweiht werden. Zu den

Baukosten wird sowohl das Strukturprogramm für den Landesteil Schleswig als auch das Zonenrandprogramm beitragen.

Ferner teilte Schulz mit, im Gemeinsamen Rat der Volksgruppe laufen zur Zeit Verhandlungen über die Einrichtung einer Stiftung, die für übergeordnete Kurse verantwortlich sein soll. Für diese Aktivität erhofft sich die Volksgruppe öffentliche Zuschüsse.

Südschleswigscher Pressedienst, 14.10.89

»Flensburg gemeinsame Metropole der Grenzregion«

Tingleff. »Wir müssen künftig mehr übergeordnete regionale Aspekte betonen, wenn es um die wirtschaftliche Weiterentwicklung geht. Das bedeutet eine stärkere Betonung des gesamten nordschleswigschen und südjütischen Gebietes – und nach 1992 auch einen besseren Dialog und eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem norddeutschen Raum.« Mit diesen Worten forderte gestern der Bürgermeister der Kommune Lundtoft, Martin Buus Madsen, auf der ersten deutsch-dänischen Bürgermeisterkonferenz in Tingleff neue Impulse für die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsstandortes Süddänemark/Norddeutschland.

Im Beisein einer großen Zahl nordschleswigscher und schleswig-holsteinischer Bürgermeister, die der Einladung der Schleswigschen Partei (SP) zu dem grenzüberschreitenden Meinungsaustausch in der Nachschule Tingleff gefolgt waren, erklärte Buus Madsen, daß er sich Flensburg als Hauptstadt in dieser Region vorstelle, da die Stadt alle Vorteile der Großstadt vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht mitbringe.

Zum Thema künftig geöffneter Grenzen sagte Buus Madsen, daß es zu einer kulturellen Angleichung kommen werde, »bei der wir uns künftig nicht mehr so fremd gegenüberstehen werden«. Auch rechne er mit neuen menschlichen Beziehungen statt irrationalen nationalen Haltungen.

Neben Buus Madsen hatten die Bürgermeister der grenznahen Kommunen und Städte Bau, Niebüll und Tarp, Preben Johannsen (S), Heinz Loske und Peter Erichsen (CDU) die unterschiedlichen Kompetenzen und interne Konkurrenz der Kommunen beiderseits der Grenze erläutert, was aber nicht Hindernis für gemeinsame Vorstöße zur Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein/Nordschleswig sein muß.

Niebülls Rathauschef Loske schlug vor, grenzüberschreitende Partnerschaft zu »üben«, es gebe dort noch Schwellen. Die Partnerschaft zum beiderseitigen Vorteil praktiziere Niebüll mit Tondern, sie sei nicht nur bei spektakulären Großprojekten wünschenswert.

Preben Johannsen, Bau, der die gute Zusammenarbeit mit Harrislee/Handewitt

hervorhob, beklagte jedoch, daß die Landesgrenze in seiner Kommune noch oft als Grenze sehr hinderlich sei. Das gelte insbesondere für Wirtschaftskontakte z.B. zur IHK Flensburg. Er sagte, daß nichts mehr gegen eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden spricht: »Der Kulturkampf ist vorbei, jeder kann beiderseits der Grenze deutsch oder dänisch sein. Unsere Gegend sollte darin ein Beispiel für Europa sein.«

Johannsens Exkurs auf das Thema Ostseeverbindungen – Große-Belt-Querung contra Fehmarnverbindung – konnte durch einen Kommentar des anwesenden Bürgermeisters von Burg/Fehmarn, Rolf Thoma, ergänzt werden, der aus Sicht der Insel Fehmarn auf die Gefahr für die zahlreichen Arbeitsplätze im jetzigen Fährbetrieb – rund 1200 Beschäftigte – hinwies.

Hans Chr. Jepsen (SP) erklärte, daß zu den gemeinsamen deutsch-dänischen Aufgaben im Grenzland auch die Verbesserung des Umweltschutzes gehört, insbesondere die Rettung der Flensburger Förde. Er sprach sich u. a. für die Errichtung der Agrarakademie in Tondern aus, die sich nach seinen Vorstellungen für eine Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein anbietet.

Der Nordschleswiger, 21.10.89

SHHB zur Reform der Schleswig- Holsteinischen Landessatzung

In der öffentlichen Diskussion ist bekanntgeworden, daß in einer Neufassung der Landessatzung Schleswig-Holsteins der Artikel 5, der sich mit Fragen der nationalen Minderheit befaßt, neu formuliert werden soll.

Dabei haben offenbar die Parteien Übereinstimmung gefunden in folgender neuer Fassung:

- » 1. Das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit ist frei. Es entbindet nicht von den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten.
2. Die kulturelle Eigenart und das politische Mitwirken nationaler Minderheiten und Volksgruppen stehen unter dem Schutz des Landes, der Städte, Kreise und Gemeinden.
3. Die dänische nationale Minderheit und die friesische Volksgruppe haben ein Recht darauf, geschützt und gefördert zu werden.«

Der Vorstand des SHHB stimmt mit dieser Formulierung überein und unterstützt diese Neufassung.

Der Wortlaut entspricht der im »Heimatpolitischen Programm des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes« festgelegten Grundauffassung des SHHB, der sich auch als deutscher Grenzverband versteht. In diesem »Heimatpolitischen Programm« heißt es unter dem Punkt 18 u.a.: »Die beiderseits der Grenze lebenden Minderheiten sind eine Bereicherung der regionalen Kultur; beide besitzen ein staatlich anerkanntes Heimatrecht. Der SHHB stellt das

Heimatrecht dänisch gesinnter Landsleute nicht in Frage.«

Aus diesem prinzipiellen Bekenntnis des SHHB ergeben sich die in der Neuformulierung der Landessatzung enthaltenen politischen Konsequenzen.

Schleswig-Holsteindienst

Walter Harenberg 75 Jahre alt

Am 8. Dezember vollendete der Geschäftsführer des Grenzfriedensbundes sein 75. Lebensjahr. Er hatte bereits eine Karriere als Kommunalbeamter hinter sich – er war als Oberamtsrat Leiter des Schulverwaltungsamtes im Flensburger Rathaus gewesen –, als er 1981 unser Büro im Südergraben übernahm. Nach dem plötzlichen Tode seines Vorgängers, Hans Oland, orientierte er sich schnell über die für uns zu lösenden Aufgaben und schaffte eine nahtlose Fortsetzung unserer Arbeit, die er nun schon acht Jahre leistet.

Die Mitglieder und der Vorstand des Grenzfriedensbundes gratulieren ihm herzlich zum Geburtstag und wünschen ihm weiterhin Glück, Gesundheit und alles Gute.

Artur Thomsen

Neues Schrifttum über Nordfriesland wird systematisch erfaßt

Bredstedt (Nfl). Für die systematische Erfassung des gesamten neuen Schrifttums über Nordfriesland konnte das Nordfriisk Instituut jetzt eine befristete Stelle im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einrichten. Anke Joldrichsen aus Klixbüll – ausgewiesen u.a. durch ihre kürzlich vorgelegte Bibliographie des Schrifttums in nordfriesischer Sprache 1663-1969 – hat diese Aufgabe übernommen. von 1975 bis 1986 hatte Bibliotheksoberrat Dr. Ingwer Ernst Momsen, Kiel, die Bibliographie in mühevoller, ehrenamtlicher Arbeit jährlich zusammengestellt. Das jeweils im Nordfriesischen Jahrbuch veröffentlichte Verzeichnis vermittelte jedem Interessierten einen vollständigen Überblick über die im Vorjahr veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenaufsätze zu allen Nordfriesland betreffenden Sachgebieten. Seit 1986 konnte Dr. Momsen die von ihm in beispielhafter Sorgfalt erstellte Bibliographie wegen seiner zunehmenden Arbeitsbelastung nicht weiterführen – eine Lücke, die von vielen Regionalforschern schmerzlich empfunden wurde. Das Nordfriisk Instituut dankt Dr. Momsen für seine Arbeit. Es freut sich, daß die entstandene Lücke von 1986 bis heute nun durch die Arbeit von Anke Joldrichsen geschlossen werden kann. Zusätzlich wird sie auch einen Registerband der Nordfriesischen Jahrbücher von 1965 bis 1989 erstellen.

Pressedienst des Nordfriisk Instituut